

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

<i>Anders Feilberg Jørgensen</i> Eine dänische Stimme	66
<i>Frants Hvass / Hans Peter Johannsen / Ein Gespräch</i> In Deutschland 1927-1930 – 1945 – 1949-1966.....	68
<i>Helmut Lemke</i> Zu Fragen des deutsch-dänischen Verhältnisses	72
<i>Hans Peter Johannsen</i> Hat die Zukunft an der Grenze (schon) begonnen?	80
<i>Axel Seeberg</i> Die deutsche Dynamik	89
<i>Hans Bruhn</i> Baut das Mißtrauen ab!.....	92
<i>Karl-Heinz Saß</i> In zwei Kulturen zu Hause sein	99
<i>Knud Fanø</i> Grenzlandschule — Grenzlandkinder	102
<i>Heinz Adler</i> Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Selbstverwaltung	104

Tyge Haarløv
Unterschiede in der Kommunalverwaltung
nördlich und südlich der Grenze 113

Klaus Petersen
Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten
im Kreise Südtondern aus heutiger Sicht..... 120

Umschau ab Seite 130

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert. Andere Bezieher (Nichtmitglieder) können sie für jährlich 2,— DM beim zuständigen Postamt unter der Verkehrs-Nr. V 3339 F abonnieren. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Redaktion: Ernst Beier, Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Straße 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

EINE DÄNISCHE STIMME

Es ist insofern an der Zeit, die „Grenzfriedenshefte“ zu besprechen, als die Vierteljahreszeitschrift nunmehr seit reichlich einem Jahrzehnt besteht und einen besonders lesenswerten Stoff bringt; außerdem fügt jener Kreis, der sie herausgibt, der Grenzlandatmosphäre neue und interessante Züge hinzu. Der Hintergrund dieser deutschen Neuorientierung ist natürlich die geistige Katastrophensituation nach dem militärischen Zusammenbruch 1945. Westdeutschlands Nachbarvölker verfolgen mit wacher Kritik die neonazistischen Phänomene und die Relikte aus der Nazizeit, und gewiß geben einige dieser Erscheinungen im heutigen Deutschland uns triftigen Anlaß dazu; aber wir dürfen nicht so unbillig werden, daß wir Zeichen der Neuorientierung manchenorts übersehen, im Gegenteil müssen wir diesen, auch im eigenen Interesse, mit einer positiven Haltung begegnen.

Der Kreis um den Grenzfriedensbund — gegründet 1950 — ist Ausdruck einer solchen Neuorientierung und Selbstbesinnung gegenüber den Grenzproblemen. Dänischerseits wurde ihm mit einiger Skepsis begegnet. Die Initiatoren und die leitenden Männer innerhalb der Organisation waren alte und jüngere Sozialdemokraten, also Leute, die das Nationale anders betrachten, als man es bei dem traditionellen deutsch-nationalen Gegner gewohnt war.

Der Grenzfriedensbund hat während der ganzen Zeit seines Bestehens den doppelten Zweck verfolgt, teils eine volklich-deutsche Arbeit unter ausgeprägt sozialem Aspekt durchzuführen, teils zu einer nationalen Entspannung und größeren gegenseitigen Verständigung beizutragen.

Einigen dänischen Kreisen mißbehagte die soziale Arbeit des Grenzfriedensbundes, und man charakterisierte die dänisch-deutschen Treffen, zu denen die Organisation die Initiative ergriff, gern als „Verbrüderung“.

Nun hat sich ja glücklicherweise das Klima im Grenzland allmählich etwa in Richtung

größerer Toleranz und weiteren Ausblicks geändert, auch unsererseits, und daran hat der Grenzfriedensbund einen nicht unwesentlichen Anteil. Ich denke mit Freude zurück an den Beginn einer Reihe dänisch-deutscher Treffen nördlich und südlich der Grenze, begonnen Anfang der fünfziger Jahre, wo man Gesichtspunkte kennenlernte und austauschte, u. a. mit Menschen wie Detlef Hansen, Jens Nydahl, Axel Henningsen und Hans Peter Johannsen, dem jetzigen Vorsitzenden. Es gibt deutscherseits fast keine Tradition für die nun selbstverständliche volkliche Kulturarbeit, sowohl was die Form als auch den Inhalt anbelangt. Um so interessanter ist es deshalb, solchen Bestrebungen in der Arbeit des Grenzfriedensbundes zu begegnen. Und wir Dänen können es uns leisten, offen zu sein, zu geben und zu empfangen. Wir können es uns leisten, auch mit denjenigen Deutschen, deren Lebensgrundlage eine andere ist als die unsrige, ins Gespräch zu kommen, gerade aus Respekt vor den Werten, die jedem von uns eigen sind, nicht um eine oberflächliche und konventionelle Einigkeit zu errichten, auch nicht, um die Unterschiede, die zwischen uns sind und immer sein werden, zu bagatellisieren.

Man muß hoffen, daß die erwähnte Linie in der Arbeit des Grenzfriedensbundes wachsen und gedeihen möge.

ANDERS FEILBERG JØRGENSEN, Rektor des Århus Statsgymnasiums und Mitherausgeber der Schriften „Dänemark — unser Nachbar im Norden“ und „Tyskland — vor nabo mod syd“, hat in der Nr. 3/1966 von „Sønderjysk Månedsskrift“ in einer längeren Besprechung die „Grenzfriedenshefte“ und die Arbeit des „Grenzfriedensbundes“ sehr positiv gewürdigt. Wir freuen uns über diese Stimme aus unserm Nachbarlande. Das Vorstehende ist die Übersetzung eines Abschnittes aus dem Aufsatz.

HALTET FEST AM BEWÄHRTEN KURS - NYDAHL

Telegramm des Ehrenvorsitzenden des Grenzfriedensbundes zur Mitgliederversammlung 1966

FRANTS HVASS / HANS PETER JOHANNSEN

In Deutschland 1927/1930 – 1945 – 1949/1966

Am 30. April 1966 trat der Königlich Dänische Botschafter in Bonn, Frants Hvass, in den Ruhestand. Botschafter Hvass, der in der deutschen Öffentlichkeit in den vergangenen Wochen von vielen Seiten Anerkennung und Dank gezollt wurden, gab Anfang Juni dem Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes Dr. Johannsen auf dessen Bitte in Flensburg freundlicherweise Gelegenheit zu einem Gespräch. Wir veröffentlichen im folgenden die Hauptpunkte dieser Unterhaltung mit unserem Vorsitzenden.

FRAGE: Sie waren, Herr Botschafter, dreimal während Ihrer beruflichen und politischen Laufbahn in Deutschland: zwischen den Kriegen, während des zweiten Weltkrieges und seit 1949 in Bonn. Wie hat Ihr Eindruck von dem deutschen Volk und seinen Lebensverhältnissen in der Zwischenkriegszeit sich fixiert?

BOTSCHAFTER HVASS: Ich war von 1927 bis 1930 Vizekonsul in Hamburg. Zu diesem Zeitpunkt waren die schlimmsten Folgen des ersten Weltkrieges und der Inflation von 1923 für Deutschland überwunden. Dann aber erinnere ich mich im Verlauf der einsetzenden Weltwirtschaftskrise in Hamburg der ersten äußeren Zeichen des Nationalsozialismus. Auf dem Gänsemarkt in der City hörte man den Ruf: „Deutschland erwache!“ Es gab Demonstrationen und Unruhen. Man spürte, daß etwas Neues, noch nicht zu Bestimmendes, etwas Gefährliches in der Luft lag. Darüber täuschte auch nicht die mich sehr ansprechende Atmosphäre dieser deutschen Großstadt, deren Gesicht der Welt zugewandt ist, hinweg. Ich erinnere mich mit Freude daran, wie man bei Ehmke, dem bekannten Hamburger Restaurant, doch von einer alten, vornehmen Tradition umhüllt war. Es war, als ob um diese Zeit eine an sich für Deutschland gute Entwicklung abgeschlossen sei. Ein neuer Abschnitt, dessen Charakter nicht klar zu erkennen war, begann.

*

FRAGE: Während des zweiten Weltkrieges haben Sie, Herr Botschafter, eine fürsorgende Tätigkeit für Menschen, die unschuldig in die Fänge der politischen Polizei der deutschen Diktatur gerieten, entfaltet. Es würde unsere Mitglieder und Leser ganz besonders erfreuen, darüber von Ihnen etwas zu erfahren.

BOTSCHAFTER HVASS: Die humanitäre Aktion zur Hilfe und Rettung der in den

Konzentrationslagern der nationalsozialistischen Diktatur gefangengehaltenen Dänen und Norweger, die mit dem Namen Folke Bernadotte verbunden ist, ist uns allen bekannt. Mir fiel es vom Außenministerium aus zu, in dieser Aktion vom März bis April 1945 mitzuwirken. In diesen Monaten wurde von Lager zu Lager gefahren, um die Norweger und Dänen in Neuengamme zusammenführen und sie dann nach Schweden bringen zu können. Dazu bedurfte es zahlloser Verhandlungen mit deutschen Dienststellen, Verhandlungen, bei denen Folke Bernadotte eine Meisterschaft bewies. Im ganzen standen uns neben sieben schwedischen Autos in den letzten Wochen vor der Kapitulation 186 Busse und andere Kraftfahrzeuge zur Verfügung, die mit Generatorenantrieb unter schwierigen Verhältnissen den Transport dieser unschuldigen und unglücklichen Menschen ermöglichten. Mangel an vielen Dingen, vor allem akute Kriegsgefahr — ich denke an die Tiefflieger und gegen Ende der Kampfhandlungen an Situationen zwischen der alliierten und der deutschen Front — lassen diese Aktion von heute aus gesehen schwieriger erscheinen als es uns damals vorkam. Wir besaßen eine genaue Kenntnis davon, in welchen Lagern sich Dänen und Norweger befanden. Von den Dänen gab es zwei Gruppen: die Häftlinge, die z. B. Sabotage begangen hatten oder der Sabotage beschuldigt waren, und die Gruppe der 2000 Polizeiangehörigen, die ohne Anklage als potentielle Gefahrenträger inhaftiert worden waren. Wir verlangten, daß diese Menschen als Kriegsgefangene zu betrachten seien und daß wir ihnen allen Ärzte, Lebensmittel u. a. senden konnten, was auch geschah. Es erwies sich als günstig, daß zu einem gewissen Zeitpunkt der Hamburger Gauleiter Kaufmann die oberste Leitung in Norddeutschland erhielt und somit über der Gestapo stand. Drei besonders schwierige Momente möchte ich hervorheben:

erstens die Möglichkeit von Unruhen mit todbringenden Folgen in den letzten Tagen zwischen den Lagerinsassen und den Bewachern,

zweitens die Möglichkeit von Spannungen der Lagerinsassen verschiedener Nationen untereinander mit Explosionen in der einen oder anderen Richtung,

drittens die Lage der Lager „zwischen den Fronten“. Es gab hier manche menschlich ergreifende Situationen, so z. B. daß Norweger und Dänen bei einer bestimmten Gelegenheit einander den Vortritt zu den Bussen lassen wollten und praktisch also nicht einstiegen. Das Ergebnis war, daß ich als „Dienstältester“ eingreifen mußte. Bei allen diesen Arbeiten hatten wir vom dänischen Ministerium des Äußeren und vom dänischen Sozialministerium viele und gute Helfer.

Ein besonderes Wort möchte ich noch zu dem Lager Theresienstadt sagen. Dorthin waren die dänischen Juden transportiert worden, die nicht nach Schweden entkommen konnten. Ich möchte einfügen, daß ich während einer kurzen Abwesenheit des Staatssekretärs die Mitteilung des späteren deutschen

Botschafters Duckwitz über die bevorstehende Aktion gegen die dänischen Juden in Empfang nahm. Nach einiger Zeit gelang es uns, Erlaubnis zu bekommen, den in Theresienstadt internierten dänischen Juden Lebensmittelpakete zu schicken und sonst zu helfen. Aus mancherlei Gründen hatte man diesem Lager eine Art Selbstverwaltung gegeben. Es gehört gerade hier zu meinen schönen menschlichen Erinnerungen, den Zusammenhalt im dänischen Volk miterlebt und gesehen zu haben, daß sich auf unsichtbaren Wegen ein Kontakt buchstäblich vom Königshaus zu jedem einzelnen in Not befindlichen Landsmann bewerkstelligen ließ.

*

FRAGE: Das deutsch-dänische Verhältnis ist als gut zu betrachten; an dieser Entwicklung haben Sie, Herr Botschafter, maßgebenden Anteil. Wenn ich es richtig sehe, dann liegt die Ursache hierfür sowohl in der großpolitischen Situation nach dem zweiten Weltkrieg als auch in dem aktiven Bemühen deutscher und dänischer Kreise im Grenzland, Vorurteile und Mißverständnisse zu überwinden. Welche unerfüllten Wünsche hegen Sie in bezug auf die politische, die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Verhältnisses der beiden Völker?

BOTSCHAFTER HVASS: In den vergangenen siebzehn Jahren ist in der Tat eine Veränderung geschehen, sowohl in der Bundesrepublik selbst als auch in ihrem Verhältnis zu Dänemark und umgekehrt. Die wirtschaftliche und politische Stabilisierung in der Bundesrepublik ist ein Ergebnis der Fähigkeit und des Fleißes des deutschen Volkes und der Marshallhilfe. Ich hatte zu dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Friedrich Wilhelm Lübke ein gutes Verhältnis. In den Beziehungen zwischen Dänemark und Deutschland bedeutet das Jahr 1955 einen Wendepunkt mit den in Bonn und Kopenhagen vollzogenen Erklärungen des deutschen Bundeskanzlers Adenauer und des dänischen Staatsministers H. C. Hansen, durch die ein langer Abschnitt voller politischer Spannungen beendet und das Fundament einer hoffentlich reichen zukünftigen Entwicklung an der Grenze gelegt wurde. Ministerpräsident Lemke fördert von dem Bundesland Schleswig-Holstein aus diese Entwicklung. Auf zwei wichtige Einzelheiten möchte ich hier hinweisen: die menschliche und politische Bedeutung des modernen Tourismus und die erfreulich vielen gegenseitigen Besuche von Schulen aller Art in den beiden Ländern. Das ist neu — und das ist gut. Meine Wünsche für die nächste Zukunft? Ich meine, daß auf die Dauer ein Gleichgewicht im Handelsverkehr erstrebt werden muß. Dänemark exportierte im vergangenen Jahr für nur 2,7 Milliarden dkr nach Deutschland, während Deutschlands Export nach Dänemark in der gleichen Zeit 4 Milliarden betrug. Und ein anderes: ich würde es begrüßen, wenn der Erlernung der dänischen Sprache vor allem in Schleswig-Holstein mehr Zeit und Nachdruck gewidmet würde. Es wäre nicht nur für den täglichen Verkehr der Nachbarn gut,

sondern es würde einen weiteren und entscheidenden Fortschritt in den guten Beziehungen der Völker bedeuten.

*

Botschafter Hvass hatte, so schien es, in der abgewogenen und verhaltenen Sprache des Diplomaten gesprochen. Unüberhörbar, und darum um so wirkungsvoller, war das menschliche Engagement, als er von der für die Insassen der Konzentrationslager geleisteten Arbeit sprach. Unüberhörbar auch die Wirkung seiner sachlichen und darum so überzeugenden Formulierungen zu dem Verhältnis Deutschland—Dänemark von heute. Als der Gesprächspartner mit einem Dank an den Botschafter feststellte, daß er ein großes Verdienst an dieser Entwicklung trage, hob dieser abwehrend beide Hände. Es blieb seinem Gegenüber nur übrig festzustellen; hier steht Meinung gegen Meinung.

*Wir haben zuviel tragische Geschichte hinter uns
und zuviel künftige Verantwortung vor uns ...*

HELMUT LEMKE

Zu Fragen des deutsch-dänischen Verhältnisses

Die nachstehende Rede des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Dr. Helmut Lemke wurde gehalten in der Vollversammlung des Grenzpolitischen Rats am 24. Mai in der Heimvolkshochschule Leck.

Sie haben sicherlich nicht erwartet, daß ich Ihnen zum Thema der deutsch-dänischen Beziehungen revolutionäre Gedanken vortrage. Dazu besteht nach Lage der Dinge, wie ich sie sehe, kein Anlaß. Wir haben zuviel tragische Geschichte hinter uns und zuviel künftige Verantwortung vor uns, als daß wir je einen anderen Weg gehen könnten als den der versöhnenden, ausgleichenden Haltung auch und gerade in einem Grenzraum, der zwei benachbarte Völker in Freundschaft und Eintracht miteinander verbinden soll.

*

Gehen wir einmal nüchtern aus von der geographischen Tatsache, daß die deutschdänische Grenze zwischen der Flensburger Förde und der Insel Sylt die einzige Landgrenze ist zwischen Deutschland und Skandinavien. Wenn also der Begriff eines „Brückenlandes“ irgendwo Berechtigung hat, dann für das Land Schleswig-Holstein und das benachbarte dänische Jütland. Damit ist schon die Pflicht aufgezeigt, die uns Schleswig-Holsteinern außenpolitisch gestellt ist: Voraussetzungen des nachbarlichen Zusammenlebens mit Dänemark, darüber hinaus mit dem ganzen skandinavischen Raum schaffen zu helfen, die eine friedliche und segensreiche Zukunft in diesen Beziehungen gewährleisten. Diese Aufgabe bliebe uns auch dann, wenn es diesseits und jenseits der Grenze keine volklichen Minderheiten gäbe.

Minderheiten aber schaffen mit neuen Aufgaben auch zusätzliche Probleme. Aber nicht nur Probleme! Minderheiten können auch, wenn sie selbst und wir mit ihnen ihre geschichtliche und politische Rolle nur richtig einschätzen und einordnen, zum besten Bindeglied zwischen Völkern und Staaten werden. Es gibt Dänen in unserem Lande, die uns Deutsche zum besseren Verständnis von Sprache, Kultur, Sitte und Lebensstil des dänischen Nachbarvolkes verhelfen können, weil sie mitten unter uns leben und mitten unter uns für ihr Volkstum wirken. Und es gibt Deutsche im

dänischen Nordschleswig, die inmitten der dänischen Bevölkerung berufene Mittler deutschen Volkstums, deutscher Kultur und deutscher Art sein können und sein sollen.

Natürlich weiß ich, daß man sich mit solchen Feststellungen leicht dem Verdacht einer romantischen Verklärung, einer wirklichkeitsfremden und schönfärbenden Ideologie aussetzt. Natürlich weiß ich, daß sich die Dinge im Raume — auch die Grenzdinge im Grenzraum — hart stoßen und daß mit Beteuerungen gegenseitiger Zuneigung und Freundschaft diese Begriffe noch nicht in allen Phasen und Zweigen des Miteinanderlebens Wirklichkeit werden. Man soll ohnehin nur denjenigen an sein Herz drücken, von dem man weiß, daß er das auch leiden mag. Aber Freundschaft und gute, verlässliche Nachbarschaft können sich durchaus auch in weniger pathetischer Weise äußern. Wir sollten nicht nur auf beiden Seiten frei bleiben von Argwohn und Verdächtigungen, sondern uns unvoreingenommen und aufrichtig den Wünschen stellen, die das dänische Volk und die dänische Minderheit uns gegenüber und wir und die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig Dänemark gegenüber Vorbringen.

*

Da bekommen wir es schon mit einer grundsätzlichen Frage zu tun: Entspricht der kämpferische Gedanke der sogenannten „Kulturoffensive“ der Minderheiten noch dem Auftrag, der den Minderheiten in unserer Zeit gestellt ist, etwa in dem Sinne, wie der dänische Minister Frede Nielsen sie verstand, der 1950 einmal schrieb: „Ist es nicht der Zweck der dänischen wie auch der deutschen Minderheitenpolitik, volkliche Eroberungen zu machen?“ „Natürlich!“ antwortete er. Nun, natürlich scheint mir das dann zu sein, wenn man unter „volklichen Eroberungen“ eine Zielsetzung versteht, die im freien Wettbewerb der Kulturen nicht nur die Erhaltung der eigenen Art und des nationalen Bewußtseins anstrebt, sondern sogar die Überzeugung der Überlegenheit eigener Kultur auch anderen, ihr bisher fernstehenden Menschen vermitteln möchte und sich dabei fairer Mittel bedient. Wenn aber „Kulturoffensive“ dann unversehens zu einer politischen Offensive wird mit der Zielsetzung, Grenzen zu verschieben in einer Zeit, die nach Überbrückung dieser Grenzen, aber nicht nach ihrer Veränderung drängt, bekommt der Begriff einen Sinn, den ich für wenig zukunftssträchtig halte. Aber ich will dieser Feststellung gleich ebenso offen hinzufügen, daß mich gelegentliche Forderungen solcher Art nicht beunruhigen. Dazu bin ich von dem ganz überwiegend deutschen Charakter dieses Landes und seiner Bevölkerung viel zu fest überzeugt. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie wir es verstehen und wie wir es verteidigen, gilt für Schleswig-Holsteiner ebenso wie für jeden anderen, auch für Schleswig-Holsteiner dänischen Volkstums also. Und wir Deutschen sollten — im Hinblick auf die Wiedervereinigung unseres eigenen

Vaterlandes — die letzten sein, die es in Zweifel ziehen oder auch nur begrenzen wollen. Wir bejahen das Selbstbestimmungsrecht, aber es wäre inkonsequent, in dieser Anerkennung schon eine Gefahr für den Bestand unseres Landes zu sehen. Als im Jahre 1949 die sogenannte „Kieler Erklärung“ vom Schleswig-Holsteinischen Landtag mit großer Mehrheit gebilligt wurde, die ja den lapidaren Grundsatz enthielt: „Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden“, da gab es viele in diesem Lande, die dieser Erklärung nur zwiespältigen Herzens zustimmten. Auch die Reaktion in unserer deutschen Minderheit nördlich der Grenze war viel eher negativ als positiv zu nennen. Aber die Kritik richtete sich schon damals nicht gegen das Recht des freien politischen Bekenntnisses — dieses ist ja seit jeher allgemeine und wohlbegründete Forderung aller nationaler Minderheiten —, sondern gegen die Einseitigkeit dieser Erklärung und gegen ihre ausschließlich den Deutschen gegenüber wirkende Verpflichtung.

Sie wissen, daß fünfzehn Jahre später das Versäumte nachgeholt wurde durch die sich beiderseitig entsprechenden Erklärungen als Abschluß der Bonn—Kopenhagener Verhandlungen vom Frühjahr 1955. Auch damals gab es Stimmen, die da meinten, es sei nun des guten Entgegenkommens genug gezeigt worden. Demgegenüber bin ich der Auffassung — und ich hoffe, daß Sie sie mit mir teilen —, daß es des guten und aufrichtigen Entgegenkommens nie genug sein kann; unter einer Voraussetzung freilich, nämlich der, daß dieses Entgegenkommen erwidert und ihm auch auf der anderen Seite entsprochen wird. So ist auch in den meisten Bereichen unserer gegenseitigen Beziehungen erfolgreich und glücklich verfahren worden. Unsere Wünsche und Hoffnungen wie auch die Wünsche und Hoffnungen auf seiten der dänischen Minderheit haben sich im Laufe der Jahre auf eine Handvoll noch offenstehender wichtiger Fragen reduziert. Dazu hat auch die bisherige befriedigende Arbeit der Minderheiten-Kontaktausschüsse, die sowohl bei der dänischen Regierung in Kopenhagen als auch bei der Bundesregierung in Bonn gebildet wurden, durchaus beigetragen. Das ist von seiten unserer deutschen Freunde in Nordschleswig ebenso anerkannt worden wie seitens der dänischen Minderheit in unserem Lande.

*

Gegen diese Institutionen spricht auch nicht die Tatsache, daß es zu einigen entscheidenden Klärungen noch nicht gekommen ist. Ich denke im Falle des Kontaktausschusses in Kopenhagen an eine die deutsche Minderheit in Nordschleswig befriedigende Regelung des Wahlrechts. Ich habe mich schon des öfteren zu dieser Frage geäußert. Auch am 30. August vorigen Jahres, als ich dem Schleswig-Holsteinischen Landtag in Kiel über die Entwicklung der deutsch-

dänischen Beziehungen berichtete, habe ich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Wahlrechtsfrage, die bei uns auf Landes- wie auf Bundesebene in, wie mir scheint, vorbildlicher Weise und unter Anerkennung klarer Sonderrechte zugunsten der nationalen Minderheit geregelt ist, auch in Dänemark eine Lösung finden möge, die den Wünschen und begründeten Interessen unserer deutschen Volksgruppe Rechnung trägt. Ich habe auch im offenen Gespräch mit Herrn Staatsminister Jens Otto Krag bei seinem Kieler Besuch diese meine Auffassung ausgesprochen. Ich bedaure aufrichtig, daß die dänischen Parteien sich diesen Wünschen gegenüber bisher ablehnend verhalten haben. Die Parteien nationaler Minderheiten können eben nicht — wie etwa „Splitterparteien“ — an ihrer Stärke gemessen werden, sondern allein an ihrer besonderen politischen Funktion. Diese allein war auch ausschlaggebend für die Befreiung des „Südschleswigschen Wählerverbandes“ von der Fünf-Prozent-Klausel im deutschen Wahlrecht. Hätten wir diese Begründung nicht gewählt und uns zu eigen gemacht, man hätte uns der Mißachtung der eigenen Verfassung bezichtigen können, da ja nach Artikel 3 des Grundgesetzes wegen seiner Sprache, Heimat, Herkunft oder politischen Überzeugung niemand benachteiligt, aber auch niemand bevorzugt werden darf.

*

Die schleswig-holsteinische Landesregierung nimmt nicht das Recht für sich in Anspruch, Einfluß zu nehmen auf die Gesetzgebung im Nachbarland Dänemark. Auch die Bundesregierung könnte das natürlich nicht tun. Aber die Deutschen in Nordschleswig sollen wissen, daß sie in diesem Streben und Verlangen von den Deutschen südlich der Grenze verstanden werden. Das gilt auch für den Grenzpolitischen Rat und die Grenzverbände unseres Landes, das gilt für die Landesregierung und den Landtag, und das gilt auch für die ganze schleswig-holsteinische Bevölkerung, soweit sie sich einer Mitverantwortung für das Deutschtum in Nordschleswig bewußt ist.

Natürlich lohnt es, über die Frage zu diskutieren, ob eine nationale Minderheit zu ihrer Behauptung und Erhaltung einer Vertretung im Parlament des Herbergsstaates notwendig bedarf. Man sollte diese Frage nicht mit leichter Hand und nur aus dem spontanen Gefühl heraus beantworten. Es ist durchaus denkbar, daß eine starke und lebendige Volkstumsarbeit sich entfaltet, auch ohne daß den Repräsentanten dieses Volkstums die Möglichkeit der Mitwirkung und Mitbestimmung im gesetzgebenden Parlament gegeben ist. Es läge nach meiner Auffassung für Minderheiten sogar eine Gefahr darin, wenn sie in Erkenntnis der Unmöglichkeit, diesen Wunsch durchzusetzen, sich schon in ihrer Arbeit gelähmt und behindert fühlten oder gar resignierten. Aber darin werden wir uns einig sein, daß einer Minderheit durch eine parlamentarische Vertretung ein ausgezeichnetes und wirksames Mittel an die Hand

gegeben ist, ihre Überzeugungen und Wünsche an entscheidender Stelle vorzutragen und ihr Urteil in die Wagschale der politischen Entscheidung zu werfen. Ich kann deshalb durchaus das Gewicht der Entscheidung ermessen, vor die vielleicht schon sehr bald die Delegiertenversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger gestellt sein wird: vor die Entscheidung nämlich, ob angesichts des Fortbestehens der Zwei-Prozent-Sperrklausel im dänischen Wahlrecht die Schleswigsche Partei sich überhaupt an der Wahl beteiligen oder, wie es die dänische Minderheit im Herbst vorigen Jahres bei uns tat, darauf verzichten soll. Es gibt einige Gründe dafür und einige dagegen. Nur müssen Sie verstehen, daß ich selbst mich einer eigenen Meinungsäußerung hierzu enthalte, weil es nicht Sache der Landesregierung sein darf, Einfluß zu nehmen auf Entscheidungen, deren Kompetenz allein bei den Deutschen in Nordschleswig liegt. Denn sie allein haben ja auch die Konsequenzen dieser Entscheidung zu tragen.

Wir aber — die Landesregierung wie die Abgeordneten des Landtages, die Grenzorganisationen und mit ihnen auch der Grenzpolitische Rat — können wohl verstehen, daß unsere deutschen Freunde aus Nordschleswig das Gespräch mit uns suchen, uns informieren wollen über ihre Anliegen und Informationen auch bei uns suchen. Dazu sollten wir immer bereit sein, denn das Deutschtum außerhalb unserer Grenzen kann letztlich nur leben aus der Kraft, die das Deutschtum im Mutterlande ihm gibt. Deshalb soll auch niemand von der deutschen Minderheit fordern, deutscher zu sein als wir selbst, oder nach einem stärkeren Zusammenhalt in ihren Reihen zu rufen, wenn wir uns selbst zu dieser engen Verbindung mit ihnen nicht bereitfinden.

*

Um noch ein Wort zur Zukunft der Minderheiten zu sagen: Ich habe den Artikel des dänischen Reiseinspektors Friedrich Rudbeck in Erinnerung, den er im vergangenen Monat in einer Flensburger Zeitung schrieb und worin er das Ergebnis der jüngsten Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein und in Dänemark hinsichtlich der Minderheiten-Parteien analysierte. Darin kommt der Satz vor, daß die politische Zukunft der deutschen Minderheit besiegelt zu sein scheine; und als viel günstiger sieht er auch die Chancen der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein nicht an. Rudbeck scheint mir indessen in seinen Betrachtungen den Rang des Organisatorischen zu hoch einzuschätzen. Die Zukunft wird aber, wie in allen Lebensbereichen, nicht von Organisationen, sondern von Menschen getragen und entschieden. Und so lange die Menschen nationaler Minderheiten in überzeugter Treue zu ihrem Volkstum stehen, so lange wird es auch niemanden geben können, der ihnen das Siegel auf ihr Schicksal drückt. Das ist kein Einwand gegen Organisationen, sie sind notwendige Hilfsmittel der Gemeinschaft und des

gemeinsamen Handelns, aber sie werden immer nur lebensfähig bleiben, wenn die persönliche, lebendige Kraft der Menschen, die sie bilden, dahintersteht.

*

Nun könnte der Eindruck entstehen, als sähe ich das deutsch-dänische Verhältnis allein unter dem Gesichtspunkt der Minderheiten an. Das tue ich natürlich nicht, und niemand von uns sollte aus der besonderen Grenzatmosphäre heraus, in der wir hier leben, Scheuklappen aufsetzen und sich dazu verleiten lassen, ganz Deutschland und ganz Dänemark, ja ganz Skandinavien bei solcher Betrachtung der Dinge aus dem Auge zu verlieren, wenn es um die Ordnung und Bewahrung guter deutsch-dänischer Beziehungen geht. Der Bereich der wechselseitigen Verflechtungen und Verbindungen ist ein so weitgespannter, daß in ihm die Frage des Grenzraumes, auch wenn dieser in der Geschichte beider Völker eine so bedeutsame Rolle gespielt hat, nur einer seiner Teilbereiche sein kann. Dänemark und Deutschland, Dänemark und Schleswig-Holstein aber verbinden so viele gemeinsame Interessen auf wirtschaftlichem, kulturellem und geistigem Gebiet, daß ich mir ihre Aufzählung in diesem Rahmen ersparen kann. Ich habe das vor dem Landtag im vorigen Jahr sehr ausführlich getan.

Ich gestehe aber, daß mich die Entwicklung dieser Beziehungen während der letzten Jahre glücklich macht. Dem Verständnis für Dänemark, um das wir uns bemühten, ist ebensoviel Verständnis für uns auf der anderen Seite gefolgt. Wie schon mein Amtsvorgänger habe ich mich seit Übernahme der Regierungsführung ehrlich und — wie ich wohl sagen darf — erfolgreich darum bemüht, und ich habe die Hand, die mir entgegengestreckt wurde, immer mit aufrichtiger Dankbarkeit ergriffen. Solche Kontakte aber haben Wirkungen, die über unser unmittelbar-nachbarliches Verhältnis weit hinausstrahlen. Wenn der dänische Staatsminister, wenn der dänische Außenminister auch in den Hauptstädten Osteuropas sich klar und unmißverständlich für die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes als einer unabdingbaren Voraussetzung des Friedens in der Welt aussprechen, ohne sich danach zu richten, ob solche Worte dort gern gehört werden oder nicht, und wenn sie das in einer klaren Sprache tun, die wir bei anderen Staatsmännern leider vermissen, dann können das deutsche Volk und mit ihm wir Schleswig-Holsteiner nur dankbar sein für diese Hilfe, die aus einem Lande kommt, das unter Hitler viel erlitten hat.

Hier weht doch ein neuer Geist, ein Geist, den wir wirklich europäisch nennen können. Damit sind die Jahre 1848, 1864, 1920 und die Spanne von 1933 bis 1945 nicht unserer Erinnerung entrückt, aber sie sind überwunden in einem Sinne, den wir als geschichtlichen Sinn bezeichnen können: Die Geschichte ist nur demjenigen ein guter Lehrmeister, der auch willens ist, von ihr zu lernen.

In der künftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Skandinavien fällt uns Schleswig-Holsteinern aus Vergangenheit und Gegenwart die zukünftige Aufgabe entscheidender Mitwirkung zu.

Die Landesregierung fördert daher die Minderheiten, sie vertritt das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sie schafft damit zugleich ein Modell für das zukünftige Europa, sie fördert nachbarliche und freundschaftliche Beziehungen und Hilfen zwischen Deutschland und Dänemark. Die Landesregierung beweist hierdurch, daß sie durch die Tat eine moderne nationale und europäische Integrationspolitik vorantreibt, die zur Vereinigung eines größeren Europas führen soll. Die Landesregierung trägt damit zu ihrem Teil zur Sicherung von Freiheit und Frieden bei.

Alle ihre landesplanerischen und ökonomischen Anstrengungen dienen demselben Ziel, da sie darauf ausgerichtet sind, überall im Lande gute Arbeits-, Wohn- und Bildungsstätten zu sichern und für den einzelnen Menschen, der in dieser hochtechnisierten, nivellierten Massengesellschaft, aber auch in mehreren konvergierenden, demokratisch aufgebauten Gesellschaftsgruppen lebt, eine neue Sozialordnung anzubahnen.

WIR MÜSSEN GANZ NEUE WEGE GEHEN

„Der Nordschleswiger“ am 2. Februar 1946

... Wir haben nur die Wahl zwischen zwei Dingen. Entweder stellen wir uns unseren dänischen Landsleuten entgegen, kristallisieren uns selbst aus unseren natürlichen Bindungen heraus und ermuntern durch diese Haltung jene nicht einflußlosen Kreise, die uns eine Art Judenstatut geben wollen. Oder wir suchen in der Gemeinschaft mit unsern dänischen Landsleuten zu bleiben, die wie wir das Ziel haben, den Frieden in der Heimat zurückzugewinnen. Welche Wahl sollen wir treffen? Gibt es überhaupt einen Zweifel? Wie soll das Schicksal unserer Internierten gewendet werden, wenn nicht im Rahmen eines neuen Friedens in der Heimat? Wie sollen wir unsere Existenz sichern können, außer auf diesem Wege? Unsere deutsche Würde liegt in uns selbst. Wir geben sie nicht auf, weil wir ihr die Spitzen nach außen nehmen.

In einer Erklärung vom 1. Dezember 1945 hat der Bund deutscher Nordschleswiger sich zu einer positiven Linie dem Lande gegenüber bekannt, dessen Staatsbürger wir sind, in dem wir leben müssen, in dessen Schutz unsere über alles geliebte Heimat gegeben ist. Es war eine ehrliche Erklärung, sie wird das Fundament des

Bundes bleiben, ein Fundament, das nur beseitigt werden kann, indem der Bund beseitigt wird...

Und wir bekennen uns aus tiefstem Herzen zu unserer deutschen Gesinnung. Was sollten wir von uns selber halten, wenn wir es nicht täten ... jetzt, da ein furchtbares Schicksal sich an unserem Volke vollzogen hat! Es ist das häßlichste Zeichen einer in den Grundfesten erschütterten Zeit, daß man die Treulosigkeit in der Not als eine lobenswerte Tugend hinstellt.

Wir müssen und werden ganz neue Wege gehen ... aber sie werden uns niemals von unserem Volke wegführen.

Hat die Zukunft an der Grenze (schon) begonnen?

Das Nachstehende ist die Wiedergabe des Vortrages, den Hans Peter Johannsen, der Erste Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, auf der Mitgliederversammlung am 16. April in Husum gehalten hat. Der Vortrag fand in der Presse ein starkes Echo mit Zustimmung und Kritik. In zwei Nummern veröffentlichte „Der Nordschleswiger“ den vollen Wortlaut und nahm in zwei Leitartikeln zu dem Gesagten Stellung. Auch „Flensburg Avis“ beschäftigte sich mehrfach mit dem Husumer Vortrage.

Wo stehen wir an der Grenze? Mit „an der Grenze“ meinen wir den ganzen Komplex der Geschichte und Gegenwart der Elbherzogtümer in ihrer Verflechtung mit den deutschen Mächten im Süden und den dänischen im Norden.

Schleswig-Holstein! Was bedeutet dieses Land seinen Menschen? Seit Generationen war es für viele ein vornehmlich historisch-politischer Wertkomplex. Es mehren sich die Zeichen dafür, daß dieser ein mehr intellektuell-ästhetischer wird: also weniger Uwe Jens Lornsen, dafür mehr Matthias Claudius. Für das künftige historisch-politische und kulturelle Leben zu beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze wird es entscheidend sein, welcher Wertkomplex das heimatliche Leben in Zukunft hauptsächlich prägen wird, der historisch-politische, der aus der Vergangenheit lebt, oder derjenige, der seine Leitbilder weitgehend aus der durch die deutsche Geistesgeschichte und die deutsch-dänische kulturelle Wechselwirkung seit Jahrhunderten geprägten Physiognomie der Landschaft bezieht.

Ein Blick zurück auf drei Jahrhunderte

Wir können auf diese Frage erst dann eine Antwort zu geben versuchen, wenn wir einige Rückblendungen vorgenommen haben, wobei wir stets der freundlichen Bemerkung eines dänischen Skeptikers eingedenk sein müssen, daß es sehr schwer ist zu prophezeien, namentlich, wenn es sich um die Zukunft handelt. Freilich, die Rückblendungen sind auch nicht im Handumdrehen gemacht, denn wir wissen ja seit Goethe, daß das, was wir den Geist der Zeiten heißen, im Grunde unser eigener Geist ist, in dem die Zeiten sich bespiegeln. Versuchen wir trotzdem beides: die Rück- und Vorschau.

Vor dreihundert Jahren — zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts: Seit kurzem besitzen wir eine neue und besonders aufschlußreiche Quelle über den Geist jener Zeit. Es sind die Tischgespräche am Gottorfer Hofe, die tagebuchartigen Aufzeichnungen des Jacob Fabricius des Jüngeren, Generalsuperintendent des Herzogs Friedrich III. von Gottorf. Die Themen der Gespräche spannen sich von der Erörterung theologischer Fragen über die damalige Weltpolitik bis zu den Naturalabgaben an die Prediger. Das Buch ist eine politische und geistesgeschichtliche Quelle von Rang. Barockes Lebensgefühl wird deutlich, wenn man den Herzog bei Tisch sagen hört: „Wenn man lustig ist in convivio, so klingt zuerst, wenn man noch nüchtern ist, seitenspiel, laute, violen, sehr wohl; wird man aber was lustiger, so müssen zincken und posauern gehen; wo man gar truncken wird, so müssen Trommeten und posauern das beste thuen.“ Das Lebensgefühl ist stark, es ist noch keine Rede vom sozialen Wohlfahrtsstaat, denn auf eine tadelnde Bemerkung eines Geistlichen, die er an eine hochschwängere ärmliche Frau wegen ihrer vielen Kinder richtete, antwortet diese: „Ja, wenn wir nicht einmal dies kleine Vergnügen haben dürfen...“ Von unserer Fragestellung aus gesehen, ist diese Zeit so zu kennzeichnen: Der Adel herrscht — mit dem Herzog an der Spitze. Es sind bäuerliche Lebensverhältnisse; Autarkie im Wirtschaftsleben; im Geistigen bestimmt die Kirche Inhalt und Form des Daseins; die Schule spielt keine Rolle; von deutsch und dänisch in unserem Sinne ist keine Rede.

Hundert Jahre später — zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts: Es ist die Zeit der Bodenreform, also der modernen Gedanken, die teilweise denen der Französischen Revolution vorgreifen; zaghafte industrielle Anfänge; im Bürgertum werden die Ideen der Zeit diskutiert; die Schule fängt an. Gestalt zu gewinnen, aber die Kirche ist nach wie vor die beherrschende Macht; es ist die Zeit des Gesamtstaates; nur für den Tiefschauenden wird deutsch-dänisch ein Problem.

Wieder hundert Jahre später — zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts — und die Zeit bis heute: Die schleswigschen Kriege haben stattgefunden. Der Gesamtstaat brach auseinander, das Nationalitätenproblem ist da. Mit der Inkorporation Schleswig-Holsteins in Preußen hört das Herzogtum Schleswig völkerrechtlich auf, ein Begriff zu sein; als historischer Begriff ist es bis zum heutigen Tage bemerkenswert lebendig geblieben, meinte kürzlich Professor Troels Fink. Das ist eine Bemerkung, die wir im Gedächtnis behalten sollten.

*

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ist man also deutsch oder dänisch orientiert, und das Bekenntnis zu der einen oder anderen Seite wird hierzulande zu einem integrierenden Bestandteil des Lebens, der Entfaltung der Persönlichkeit und des Charakters.

Freilich hat es noch auf lange Zeit eine nationalpolitisch unentschiedene Schicht in

der Bevölkerung gegeben, die heute kaum mehr vorhanden ist und deren vornehmster Vertreter vielleicht N. Nielsen war, der sich selber den letzten Schleswiger nannte. Er war ein Schüler des Alten Gymnasiums in Flensburg, und mit ihm verkörpern zwei andere Schüler dieser ehrwürdigen Anstalt, der eine ein Deutscher, der andere ein Däne, die besten Werte dieser Generation, nämlich A. D. Jørgensen, der Däne, und Theodor Kaftan, der Deutsche. Der eine aus Gravenstein und später Reichsarchivar in Kopenhagen, der andere aus Loit und später Bischof von Schleswig. Beide verkörpern das Beste des nationalen Bewußtseins ihrer Zeit und zugleich das menschlich verbindende Gefühl, das auch in den turbulentesten Zeiten die Schleswiger nie ganz verließ. Freilich waren Männer dieser Art zunächst nicht so sehr diejenigen, die dem Geschehen in der Politik ihren Stempel aufdrückten, vielmehr war dies eine Reihe von Politikern und Bauern — allen voran H. P. Hanssen und Jens Jessen auf dänischer Seite — auf deutscher Seite die Vertreter der preußischen Regierung und später als Sohn der Landschaft Johannes Schmidt-Wodder.

Wir müssen uns heute fragen, ob das, was aus jener Zeit auf uns überkam, ein zu verwaltendes und zu vermehrendes Erbe oder ob es abzustoßendes Altmaterial der Geschichte ist.

Wirtschaftlich ist die Zeit von 1864 bis heute durch häufige, einander folgende Krisen sowohl der heimischen Landwirtschaft als auch der Industrie gekennzeichnet. Kurze Perioden des Wohlstandes liegen dazwischen. Im geistigen Leben erhält die Schule neben der Kirche eine entscheidende Bedeutung. Beide aber werden stark politisiert. Und bis 1945 erfährt das Lebensgefühl eine derartige Steigerung im Nationalen, daß sich im Dänischen eine Neigung zur nationalen Mission zeigt und im Deutschen durch die Geschehnisse während der Zeit des Nationalsozialismus ein völlig verzerrtes Nationalgefühl entsteht.

Wir befinden uns nun in der zweiten Hälfte dieses, des 20. Jahrhunderts: Politisch liegt die Loyalitätserklärung der deutschen Nordschleswiger von 1945 vor; die dänischen Südschleswiger haben eine solche Erklärung bisher nicht abgegeben. Das politische Verhältnis zwischen den beiden Staaten Deutschland und Dänemark ist gut; eine Tatsache, die vornehmlich aus der gesamteuropäischen Situation nach 1955 zu deuten ist. Beide Staaten gewähren aus ethischen wie politischen Erwägungen ihren Minderheiten eine angemessene Entfaltungsmöglichkeit volklichen Lebens. Beide Minderheiten sind als Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung anerkannt. Man spricht mehr vom Grenzraum als von der Grenzlinie. So weit — so gut.

Was wird werden? Ein buntes Bild der Meinungen ...

Wenn wir nach dieser Rückschau die Frage nach der zukünftigen Entwicklung des politischen und kulturellen Lebens hierzulande stellen, dann stehen wir vor einem bunten Bild der Meinungen:

Die einen: Das biologische und politische Ende der Minderheiten läßt sich zahlenmäßig voraussehen und vorausberechnen.

Die anderen: Wir sind in einem Tal, und es wird wieder aufwärtsgehen.

Die dritten: Nicht mehr davon sprechen; was im Effekt der Meinung der ersten Gruppe gleichkommt.

Die vierten: Die Minderheiten sind eine Bereicherung, wir müssen sie schützen und erhalten.

Die fünften: Die Minderheiten sind kein Naturschutzpark — oder dürfen es nicht werden.

An dieser Stelle müssen wir aufgliedern, indem wir zunächst von der deutschen Minderheit in Nordschleswig sprechen, um dann auf unsere Situation südlich der Grenze einzugehen. Wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir davon ausgehen, daß die heute zwanzigjährigen in Nordschleswig die Dinge etwas anders betrachten als die heute sechzigjährigen. Die letzteren sind in den zwanziger Jahren aufgewachsen — unter dem Eindruck des verletzten Nationalgefühls des deutschen Volkes. Die ersteren messen die Sechzigjährigen nach dem Resultat dieses Nationalgefühls und verweisen auf den Trümmerhaufen des Reiches, den die Bürger der Weimarer Republik mitverschuldet haben, die dem Nationalsozialismus zustimmten. „Kein Mensch versteht seine Eltern, wenn er sieht, welch eine Welt sie ihm hinterlassen haben.“ Dieser Satz aus „Andorra“ von Max Frisch ist eine harte Anklage und trifft die Sechzigjährigen. Das gilt für die Deutschen zu beiden Seiten der Grenze. Wenn man weiß, was in diesem schönen Lande geschah, fällt es einem schwer zu singen „Kein schöner Land in dieser Zeit“. Wir sollten es darum verstehen, wenn uns unsere Jugend fragend und tadelnd ansieht.

Erinnern wir uns doch: 1650 wurde das Leben ohne Nationalgefühl gelebt, nicht besser und nicht schlechter. 1750 desgleichen. 1850 war ein Wort aufgetaucht, bewußt geworden: das Volk, das Volk als Wert, der zum höchsten Maßstab erklärt wurde, dem sich sogar die Kirche zu beugen hatte — und leider oft auch beugte. War man denn ein besserer Mensch geworden, weil man nunmehr deutsch oder dänisch war? Doch sicher nicht, aber man glaubte es und handelte, als ob es so sei. Nach den Erlebnissen des zweiten Weltkrieges haben wir die bittere Erkenntnis machen müssen, einen Irrweg gegangen zu sein. Nachdem sich der Rauch der Explosionen verzogen hat, fragen wir nach Bestandteilen des Daseins, die gerettet und noch

brauchbar sind. Und dann wird wohl festgestellt werden müssen, daß auch das geschmähte 19. Jahrhundert mit seiner Erkenntnis des volklichen Wertes im menschlichen Dasein uns ein zu verwaltendes und zu erhaltendes Erbe gegeben hat. Freilich muß diese Erhaltung aus einem Gefühl für das Maß geschehen.

*

Hier und da sind Wertungen vorzunehmen, die auch Kritik wagen: Wir stehen z. B. alle in Respekt vor der historischen Leistung Schmidt-Woddens. Sie liegt vor 1914, nämlich in der Zeit von 1909 bis 1914. Damals vertrat er das Neue. Seine geschichtliche Leistung besteht darin, daß er neue Gedanken näher präzierte und aussprach: die Achtung vor dem dänischen Volkstum, das Recht auf dessen Entfaltung im preußischen Staat. Er stand dabei auf dem Boden dieses Staates, war, bei aller Liberalität, konservativ und hielt die Lösung von 1864 für richtig und endgültig. Zudem war er, und das scheint mir sehr wichtig, geistig autark. Er lebte in dem Bereich des deutschen nationalliberalen Gedankens. Kontakte mit dem Gegner suchte er nicht. Auch nach innen fand er nicht immer Kontakt, denn er und seine Ratgeber haben es nicht vermocht, wohl auch nicht gewollt, den sozialdemokratischen deutschen Arbeiter in Nordschleswig für die Nation zu gewinnen. Das hat sich später gerächt und schlägt sich heute in den Wahlziffern nieder.

Ein weiteres: Es gilt, das Geschichtsbild der dreißiger Jahre endgültig zu revidieren. Man muß Verständnis dafür haben, wenn der dänische Landsmann, der durchaus kein Heiliger ist, es nicht versteht, daß man nicht eindeutig Abstand von dem nimmt, was im Namen Deutschlands geschah. Hier gibt es kein Ausweichen. Auch sind Vorbehalte gegen die Art, in der das heutige deutsche Fernsehen sich mit der jüngsten deutschen Geschichte auseinandersetzt, wenig angebracht. Deutschland, jawohl! Aber nur das Deutschland Luthers und Goethes? Das geht nicht! Wir haben mit unserem Volk zu lieben, zu leiden und vor allem zu denken, vorauszudenken in die Zukunft. Auch jenseits der Grenze. Daß die Zukunft nicht so aussehen wird wie einst im Mai, das wissen heute in Deutschland auch die Politiker der zweiten Garnitur. Das Volk ist klüger. Vor den Toren kann man es auch sein!

*

Und nun einige Bemerkungen zu den Verhältnissen bei uns südlich der Grenze. Wenn es in Zukunft keine Minderheiten gäbe, brauchte es dann auch keine Grenzverbände mehr zu geben, weder deutsche noch dänische? Abgesehen davon, daß es noch auf unabsehbare Zeit Minderheiten geben wird, so wäre die Notwendigkeit von Grenzverbänden vielleicht auch dann gegeben, wenn wir Grenzverhältnisse hätten wie etwa zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden.

Sprechen wir vom Grenzfriedensbund. Es wird immer Notleidende und Notfälle geben, die nicht in das Karteisystem des Staates passen. Es wird immer wieder Menschen und Organisationen geben müssen, die unbürokratisch aus menschlichem, sozialem und nationalem Instinkt in materieller und politischer Verantwortung zu handeln vermögen. Hier liegt unsere Aufgabe. Sie liegt aber zunehmend auch auf kulturellem Gebiet. Hier wird es zunächst unsere Aufgabe sein, gewissenhaft die zur Verfügung stehenden Mittel zwischen dem sozialen und kulturellen Sektor der Arbeit aufzuteilen. Und dann wird es unsere Aufgabe sein, neben der Vortragstätigkeit im Raume an der Grenze die im Flensburger Studienkreis geplanten literarischen Publikationen zu fördern. Wir waren ja schon einmal Schrittmacher, als wir vor drei Jahren das Deutschland- und das Dänemarkbuch förderten. Soviel kann wohl gesagt werden, daß an eine Taschenbuchreihe gedacht ist, die über die Vergangenheit, die Gegenwart und die mögliche Zukunft der Schleswigfrage aus heutiger Sicht unterrichtet.

*

Zwischen den Kriegen war die Situation der europäischen Minderheiten Zeitungsstoff, und zwar auf der ersten Seite. Aus vielen uns bekannten Gründen ist das heute nicht mehr der Fall. Waren die Minderheiten damals Subjekt und bestimmten sie unter Umständen sogar die große Politik der Staaten, so sind sie heute mehr oder weniger nur Objekt der Politik geworden, in manchen Fällen vielleicht sogar eine *quantité négligeable*. Man mag es bedauern, aber es ist nur zu ändern, wenn man einen ganz neuen Kurs steuert.

Die Minderheiten spielen innerhalb ihrer Herbergsstaaten insofern weiter eine Rolle, als sie an den Wahlen in den demokratisch regierten Staaten teilnehmen können und es auch tun. Ich möchte die Frage stellen, ob es unabdingbar zum Wesen und zur Voraussetzung des Bestandes einer Minderheit gehört, daß sie in den Parlamenten des Landes vertreten ist. Ich glaube, nein, wenn ich auch die optische Bedeutung der Vertretung nicht verkenne. Die Entscheidung eines Bürgers bei einem Wahlakt ist heute von einer Fülle anderer Faktoren abhängig als zur Zeit der ganz einfachen Entscheidung zwischen deutsch und dänisch. Es spielen wirtschafts- und sicher auch standespolitische Fragen und reine Nützlichkeitsabwägungen eine Rolle, wie sie sich aus der industriellen Gesellschaft ergeben und wie wir sie früher nicht kannten.

Wird eine nationale Minderheit aufhören zu bestehen, wenn sie nicht mehr im Landesparlament vertreten ist? Diese Annahme ist sicher falsch. Sie wird weiterhin bestehen, wenn der Wille, deutsch zu sein, mit der Stärke des Volkes Israel da ist. Im Tal Fersina gibt es einige tausend Deutsche, deren Vorfäter vor 300 Jahren dorthin zogen. Sie sind als Gruppe politisch bedeutungslos und deshalb sogar in Italien unangetastet. Sie sprechen deutsch — vielleicht ein wenig absonderlich, aber

der aus Sizilien kommende Gemeindeschreiber muß ihre Sprache lernen, und er tut es auch. Sie sind deutsch, weil sie Stil haben. Wenn also eine Gruppe von Menschen wie in unserem Falle die bestehenden Gesetze ausnutzt und sich ihre Schulen, Kindergärten und kulturellen Einrichtungen erhält — das ist freilich die Voraussetzung — dann wird sie sich immer die Quellen erschließen, die aus der deutschen Art zu leben Freude und Erhebung spendet. Die Schule ist das Plebiszit der Zukunft!

Die Schule nicht zuletzt lehrt das dichte Gewebe, das Geschichte und Schicksal über dieses Land geflochten hat — in seinen deutschen Mustern im Gewebe und in seiner Verflechtung mit dem Dänischen. Nur aus der Kenntnis dieser Fäden, die Vergangenheit und Gegenwart verbinden, wird Zukunft. Europa ist sicher ein wirtschaftliches, politisches und militärisches Problem, es ist aber auch ein geistiges. In diesem Zusammenhang wird man sich auch einmal zur Sprachenfrage äußern müssen. Die Sprachenfrage des 20. Jahrhunderts ist eine andere als die des 19. Jahrhunderts. Die Sprache war im 19. Jahrhundert Erlebnis, Heimat, Geschichte. Sie ist es im 20. Jahrhundert auch, aber sie ist auch Instrument geworden. Hier ergeben sich Forderungen an den einzelnen wie an die politische Gesamtheit.

Wenn K. O. Meyer das dänische Angebot expansiv formuliert, warum sollte es Harro Marquardsen für das deutsche nicht auch tun, indem er sich zwar nicht als politischer Missionar, aber als Sprecher einer Kulturgesandtschaft von Volk zu Volk fühlt? Der Kontakte gibt es heute viele. Ein jeder Sorge dafür, daß es aus der Liebe zur eigenen Art, zu der eben auch die Kenntnis der Art gehört, zu wirklichen Begegnungen, nicht nur zu Empfängen kommt. Das verlangt u. a. auch Beschäftigung mit den Werten des Nachbarn. Vielleicht kann man zu der Situation zu beiden Seiten der Grenze sagen: In Nordschleswig geht es aus naheliegenden Gründen in allererster Linie um das Sichversenken in den Reichtum der deutschen Kultur. Im Landesteil Schleswig würde für einen bewußt lebenden deutschen Schleswiger, der die Geschichte und den Stil seiner Heimat bejaht, auch eine Beschäftigung zum mindesten mit den zeitgenössischen Äußerungen dänischer Kultur in Frage kommen. Noch einmal: Das Leben ist nicht leichter geworden hierzulande, aber schöner und interessanter.

Hat die Zukunft an der Grenze (schon) begonnen?

Die Zukunft hat in der Tat dann begonnen, wenn es weiterhin in unserer Heimat Menschen geben wird, die dazu beitragen, daß der Begriff des Herzogtums Schleswig bestehen bleibt. Wenn es unserer Generation gelingt, den Alten im Verein mit den Jungen, dafür zu sorgen, daß wir seine Umrisse auf einer geistigen Landkarte deutlich erkennen können, dann dürfte das der Markstein werden, den wir gesetzt haben. Erlauben Sie mir zum Schluß noch ein Zitat von Jaspers: „Soll unser Leben

nicht in Zerstreuung verlorengehen, so muß es in einer Ordnung sich finden. Es muß im Alltag von einem Umgreifenden getragen sein, Zusammenhang gewinnen im Aufbau von Arbeit, Erfüllung und hohen Augenblicken, sich vertiefen in der Wiederholung. Dann wird das Leben noch in der Arbeit eines immer gleichen Tuns durchdrungen von einer Stimmung, die sich bezogen weiß auf einen Sinn. Dann sind wir wie geborgen in einem Welt- und Selbstbewußtsein, haben unseren Boden in der Geschichte, der wir angehören, und in dem eigenen Leben durch Erinnerung und Treue. Der Wille zur philosophischen Lebensführung geht aus von dem Dunkel, dem der einzelne sich findet, von der Verlorenheit, wenn er ohne Liebe gleichsam ins Leere startt, von der Selbstvergessenheit im Verzehrtsein durch den Betrieb wenn er plötzlich erwacht, erschrickt und sich fragt: Was bin ich, was versäume ich, was soll ich tun?“

Dies ist ein tröstliches Wort, denn einerseits hat Geschichte keinen Sinn weil sie ein Auf und Ab zufälliger Ereignisse, ein Chaos ist, andererseits aber fragt Jaspers: Was will Gott mit den Menschen? und kommt zu dem Schluß: Geschichte ist die Stätte des Offenbarwerdens, was der Mensch sei und was er vermöge. Was wissen wir von Zwecken? so fragt ein anderer Philosoph der Geschichte. Aber was wir vermögen, das wissen oder ahnen wir.

*

Wollen wir da nicht sagen, daß wir in eine interessante Situation hineingeboren sind? Den Sinn der Geschichte kennen wir nicht, aber selbst wenn es ihn nicht geben sollte, heißt es, tapfer den Ausschnitt zu bejahen, der uns gegeben wurde. Und dieser Ausschnitt heißt für uns: die Erfüllung der geistigen Physiognomie des Herzogtums Schleswig. So verstanden, ist das Schleswigertum eine immer wieder mögliche Form des Daseins, des deutschen oder dänischen Daseins, aber sie will erfüllt und erarbeitet sein. Sie ist nicht gebunden an den Zeitraum, in welchem sie entstand, sie ist vielleicht sogar vollziehbar für Menschen, die nicht aus der Landschaft kommen. So verstanden, leben wir zugleich auf der Brücke von Immerwatt und auf der kommenden Autobahn, sind wir zugleich bei dem pietistischen Pastor Ewald in Osterhoist zu Hause als auch bei Geistlichen, die sich nicht scheuen, die modernsten Formen des Gottesdienstes zu verwirklichen, so verstanden, haben wir Verständnis für die barocken Herzoge und sind zugleich bereit, aufmerksam zur Kenntnis zu nehmen, was die äußerlich farblosen Staatsmänner unserer Zeit aus diesen Ländern zu machen versuchen, sofern sie zu einer vernünftigen Politik aufrufen. Schleswig ist Vergangenheit und Gegenwart zugleich. Daß es auch Zukunft wird und hat liegt an uns.

Vieles war klein von dem, was uns einst als groß hingestellt wurde. Nicht jedes deutsche Bekenntnis des 19. Jahrhunderts wurzelte im Charakter. Sehr

handgreifliche Motive bestimmten es auch damals. Soweit deutsch oder dänisch zu sein nur Ausdruck des im Menschen wurzelnden Egoismus war und soweit die vielen kleinen nationalen Egoisten sich mit dem großen Egoismus Staat identifizierten, mußte das Ergebnis bedenklich ausfallen. Es steht zu hoffen, daß der Staat heute — und noch mehr in Zukunft — die Freiheit der nationalen Gesinnung, mit allem was das bedeutet, gewährt, so wie er nach manchen Krisen sich auch zur Anerkennung der Freiheit der religiösen Gesinnung durchgerungen hat.

Dann erst wird das, was das 19. Jahrhundert uns an Gutem brachte, wirklich verarbeitet sein: wenn wir den nationalen Gedanken als Aufgabe weltöffener humanistischer staatsbürgerlicher Bildung betrachten; wenn es schön ist, ein Deutscher zu sein, der sich auf den Besuch eines freundlichen Nachbarn freut.

Welche Vorbehalte gegen Deutschland werden heute in Skandinavien noch gemacht?

Axel Seeberg

Die deutsche Dynamik

Axel Seeberg, der Chefredakteur des „Sonntagsblattes“, stellte uns aus seinem in der Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes in Husum gehaltenen Vortrage „Die Bundesrepublik Deutschland und die skandinavischen Länder“ freundlicherweise die auf die unmittelbare Gegenwart bezogenen Ausführungen zur Veröffentlichung zur Verfügung.

Nach einer Darlegung der positiv zu bewertenden Verbindungen zwischen Deutschland und den skandinavischen Ländern ist es erforderlich, auch die negativen Beziehungen zu behandeln. Eine einseitige Betrachtung führt nur allzuleicht zu falschen Erwartungen und also zu Enttäuschungen.

Dabei müssen wir Deutschen ehrlicherweise zugeben, daß uns in der jüngeren Vergangenheit von seiten der skandinavischen Länder Unrecht in größerem Umfang nicht zugefügt wurde. Ich weiß natürlich, daß die Deutschen in Nordschleswig genötigt waren, sich zu behaupten. Ich kenne natürlich mancherlei persönliches Unrecht, das geschehen ist, und ich kann nicht umhin, auf die Auslieferung deutscher Soldaten an die Sowjetunion durch Schweden nach Ende des zweiten Weltkrieges hinzuweisen. Aber das waren zum Teil vermeintlich berechtigte Reaktionen auf vorhergehende deutsche Aktionen, oder das geschah, wie im schwedischen Falle, auf den schweren Druck der Siegermächte hin. Zudem lassen sich diese Dinge doch kaum in quantitativer Hinsicht mit dem Schweren vergleichen, was in dem letzten Weltkrieg Dänemark, Norwegen und auch Finnland infolge der deutschen Politik ausstehen hatten. Machen wir also unter diese Seite der Bilanz einen Strich.

Wenden wir uns vielmehr der skandinavischen Seite zu und fragen wir uns, welche Vorbehalte dort auch heute noch gegen Deutschland herrschen. Auf die historische Seite, auf die Erfahrungen während des zweiten Weltkrieges habe ich andeutend hingewiesen. Von uns aus scheinen diese Dinge ein für allemal erledigt. Wer von uns denkt noch an einen deutschen Imperialismus. Wir wollen ihn aus grundsätzlichen Erwägungen nicht, und es bestehen auch materiell heute und für absehbare Zeit nicht die geringsten Möglichkeiten dafür. Wir verbitten es uns überzeugt und mit Recht, daß irgend jemand an unserer Friedensliebe zweifelt. Aber wie stellen sich

die Dinge in den Augen der anderen Seite dar?

Auch dort wird niemand, der nicht bösen Willens ist, Erhard oder Schröder oder Herrn von Hassel unterstellen, sie dächten im geheimen an eine neue deutsche Machtpolitik. Aber man fürchtet — und damit kommen wir auf den entscheidenden Punkt — die deutsche Dynamik. Auch hier hat man wohl in den skandinavischen Ländern eingesehen, daß es nicht besondere Eigenschaften sind, die man uns Deutschen mehr als anderen Völkern vorwerfen muß, die sie gefährlicher machen als andere Völker. Die deutsche Dynamik ist also nicht etwas Subjektives, etwas, was man vielleicht durch eine „Umerziehung“ aus den Deutschen heraustreiben könnte. Sondern sie liegt nach der Auffassung der klügeren, gutwilligen Beobachter bei unseren Nachbarvölkern in der besonderen deutschen Situation. Sie hat, wenn man so will, einen objektiven, einen beinahe tragischen Charakter.

Niemand in den skandinavischen Ländern kann im Ernst den Deutschen verargen, daß sie die Teilung Deutschlands beseitigen wollen. Niemand kann auf den Gedanken kommen, ihnen allein von allen Völkern der Erde die Gleichberechtigung und die Selbstbestimmung zu verweigern. Aber man stößt immer wieder auf die Furcht, daß der Prozeß der Wiedervereinigung eine politische Turbulenz auslösen könnte, die die Sicherheit der bestehenden Verhältnisse auch der Nachbarländer bedrohen könnte. Man fürchtet weniger den bösen deutschen Willen als die möglichen politischen Nebenwirkungen. Man fürchtet schlimmstenfalls, daß es über die Lösung der deutschen Frage zu einem neuen Weltkrieg kommen könnte.

Demgegenüber ist die Angst, daß die siebzig Millionen Deutschen nach einer Wiedervereinigung ein zu großes Gewicht haben könnten, beinahe sekundärer Art. Aber man wird auch sie im Auge haben müssen, wenn man über die politische Ordnung in Europa nach einer Bewältigung der Teilung Deutschlands nachdenkt. Wichtiger als diese Seite des Problems scheint mir zur Zeit die Angst vor der Unruhe, die der Prozeß der Wiedervereinigung über die Welt und damit auch über die skandinavischen Länder bringen könnte.

Vielleicht sollte ich das am finnischen Beispiel erläutern. Naturgemäß fürchtet man in Finnland, daß die Sowjets als Kompensation für eine deutsche Wiedervereinigung einen Machtzuwachs fordern könnten und daß sie ihn in Finnland suchen würden, ohne daß die westliche Welt deswegen intervenieren würde. Man weiß, welche Bedeutung diese finnischen Besorgnisse für die schwedische Politik haben und haben müssen. Dieses Beispiel ist für die Erläuterung dessen, was ich meine, gerade deswegen besonders geeignet, weil an sich die finnische Politik keinerlei unmittelbare Beziehungen zur deutschen Wiedervereinigung hat.

Über diese Dinge muß man in Deutschland wohl mehr als bisher nachdenken. Einige kommen dabei zu dem Schluß, wir Deutschen sollten unter diesen Umständen auf

die Wiedervereinigung unseres Landes verzichten. Ich halte das für töricht. Einmal, weil dies deutsche Wollen — wie bei den anderen Völkern Europas — viel zu elementar ist, als daß es durch Beschlüsse aus der Welt zu schaffen wäre. Zum anderen aber, weil die Kommunisten der östlichen Länder, vor allem aber der SED, nur darauf warten, daß freie Deutschland des nationalen Verrats zu bezichtigen. Sie würden die Parole, sie seien die legitimen Sprecher des deutschen Volkes, sofort aufgreifen. Sie vertreten nicht umsonst die These von der Legitimität des „Nationalen Befreiungskrieges“.

Nein, wir müssen mit diesen Befürchtungen unserer Nachbarn auf andere Weise fertig werden. Dazu gehört einmal, daß wir uns mit den hier vorliegenden Problemen wirklich auseinandersetzen. Wir können nicht so tun, als existierten sie nicht. Dazu gehört dann der ständige Nachweis, daß die deutsche Politik unserer Zeit nur eine bewußte Friedenspolitik sein kann. Dazu gehört weiter der Hinweis, daß ein Verzicht auf die Wiedervereinigung die Unruhe in Europa verewigen würde, und dazu gehört schließlich unsere bewußte Teilnahme an den supranationalen Ansätzen unserer Zeit.

Die deutsche Nation ist auf der Suche nach ihrem Selbst wie Peter Schlemihl nach seinem Schatten

HELMUT SCHMIDT

Zitiert in der Sendung des NDR am 23. Mai 1966 „Erwacht ein deutscher Nationalismus wieder?“

Eine Frage: Können wir den Deutschen (wieder) vertrauen?

Hans Bruhn

Baut das Mißtrauen ab!

Die „Grenzfriedenshefte“ veröffentlichten in der Nr. 1/1966 einen Aufsatz des Schriftstellers Palle Lauring „Die Deutschen gestern, heute und morgen“. Die hierin geäußerten Ansichten dieses klugen Mannes bereiten Freude und erwecken Hoffnung. Lauring gewinnt als Ergebnis seiner Beobachtungen eine Art „Kategorischen Imperativ“, nämlich: „Wir müssen weiterkommen!“ Er überläßt es anderen, zu sagen, welche Schritte denn getan werden müßten, um weiterzukommen; vielleicht erwartet er (m. E. auch mit Recht!), daß ein anderer seine Gedanken, vielleicht ein Deutscher, weiterführt. Das habe ich versucht und, an Laurings Ausführungen anknüpfend, meine Meinung zu der Frage der Überschrift „Können wir den Deutschen (wieder) vertrauen?“ niedergeschrieben.

Wir sind erfreut, die Stellungnahme eines Mitgliedes zu dem Aufsatz von Palle Lauring bringen zu können. Ihrem Wesen nach ganz und gar auf das „Gespräch“ — auch das kritische — hin angelegt, ist jede Stimme zu begrüßen, die sich zu den in den Grenzfriedensheften angesprochenen Fragen äußert.

(Die Red.)

In der Nr. 1/1966 der „Grenzfriedenshefte“ lasen wir einen Aufsatz „Die Deutschen gestern, heute und morgen“, dessen Verfasser der bekannte dänische Schriftsteller Palle Lauring ist. Die Redaktion der „Grenzfriedenshefte“ hat über das Thema dieses Aufsatzes noch eine besondere Überschrift gesetzt: „Eine Frage: Können wir den Deutschen (wieder) vertrauen?“ — Lauring gehört nicht zu den oberflächlichen Beobachtern, die eine so schwerwiegende Frage mit einem blanken Nein oder Ja beantworten zu können glauben; seine Ausführungen beweisen ein so hohes Maß von menschlichem Einfühlungsvermögen, von kluger Erkenntnis der wirklichen Gegebenheiten, von klarer, in die Zukunft weisender Einsicht, daß er uns Deutschen — bei allem Bedauern und aller Bitternis über das bei unseren Nachbarn immer noch nicht aufkommen wollende Vertrauen und bei allem durchaus vorhandenen Verständnis für Mißtrauen, Abneigung, Haß und wohl gar auch Angst, die bei unseren Nachbarn lebendig und wirksam sind — doch beglückende Hinweise gibt auf reale Möglichkeiten für ein besseres Verständnis füreinander auf beiden Seiten und damit für ein künftiges freundnachbarliches Zusammenleben.

Lauring ist ein kluger Psychologe, der da weiß, daß man ein „empfindsames und

ehrliebendes Volk“ nicht bis ins Endlose unter Anklage halten kann, er weiß als realistisch denkender Politiker, daß Deutschland in einem Europa einer Reihe von Einzelstaaten nicht ewig isoliert sein kann, er weiß als aufrechter Mann, daß man nicht durch leichtsinnige Gedankenlosigkeit die Deutschen fortwährend herausfordern und ihnen „diverse Wahrheiten und Verdächtigungen so lange unter die Nase reiben kann, bis es sich einfach wehren muß“, vor allem nicht im Hinblick auf „die Generation, die im Begriff ist, in Deutschland zuzupacken, und die den Nazismus und den Krieg überhaupt nicht erlebt hat“. Lauring hat selbstverständlich Verständnis für die Gefühle, welche seine Landsleute gegenüber den Deutschen beseelen, er hegt sie weitgehend selber.

Lauring erklärt, Deutschland sei „keine Bedrohung des Weltfriedens“, er lehnt es ab, „die ganze deutsche Nation an den Worten jedes einzelnen aufzuhängen“, und hält Deutschland nur dann für eine „Drohung, wenn es seinen Platz nicht einnehmen darf“.

So sieht in großen Zügen die Inventur aus, die Lauring in dem genannten Aufsatz aufgestellt hat, also, wie er selbst sagt, nach zwanzig Jahren. Er ist überzeugt, daß diese Inventur per Saldo stimmt, und wir wollen ihm darin getrost recht geben. Vielleicht möchte er selber, daß dieser „Status“ eine Eröffnungsinventur sein könne, erklärt er doch kategorisch: „Wir müssen weiterkommen!“ — Das sollte möglich sein!

*

Es ist ein Gebot der Humanität, wie sie in allen freien Kulturvölkern geübt wird, sich um einen gestrauchelten und bestraften Menschen mit großer Hingabe zu bemühen, um ihn vollgültig zu resozialisieren; ein entgegengesetztes Verhalten, also ein Verharren in Unversöhnlichkeit und Mißtrauen, würde diesen Menschen auch bei seinem ehrlichen Wollen unweigerlich wieder in den Kreis derjenigen zurückdrängen, die außerhalb der Gemeinschaft stehen, diese sogar ablehnen oder als Feind betrachten, weil sie von dieser Gemeinschaft ja doch nichts zu erwarten haben.

Das gleiche gilt auch gegenüber einem „Kollektiv“, etwa einer Schulklasse, einer Schüलगemeinschaft, einer Korporation oder irgendeiner anderen Form eines organischen oder organisierten Zusammenschlusses von Menschen; vor allen Dingen gilt das aber auch einem ganzen Volk, einer ganzen Nation gegenüber, und zwar mit einer ganz besonders stark verpflichtenden Gültigkeit und zwingenden Kraft, gilt es doch zu erkennen, daß ein Volk, eine Nation niemals aus einer Vielzahl von völlig homogenen Individuen bestehen kann und infolgedessen niemals von einem absoluten Kollektivverhalten die Rede sein kann und damit auch nicht von einer Kollektivschuld, wenn auch die Frage einer Kollektivhaftung vielleicht unter einem ganz besonderen Aspekt betrachtet werden müßte. Das ist im Zusammen- und Beieinanderleben von Völkern und Nationen schlicht und einfach ein Axiom.

Nach einer Zeit, in der die wesentlichen Eigenschaften des deutschen Volkes überdeckt und unterdrückt, aber trotzdem latent vorhanden waren, ist dann die Zeit gekommen, wo diese Eigenschaften und Kräfte wieder in die Dominanz drängten. Da ist das deutsche Volk bereit geworden, seine Verhaltensschuld zu erkennen und auf sich zu nehmen, auch die Folgerungen in bezug auf Verhaltensänderung und Wiedergutmachung zu ziehen, und das nicht etwa nur aus Opportunitäts- oder Utilitaritätserwägungen, sondern im inneren Kern auch aus gutem, ehrlichem, uneigennützigem und opferbereitem Wollen, mit dem sich der Wunsch und das Bestreben verbanden, wieder ein gleichberechtigtes, geachtetes, vertrauenswürdiges, wohlgelittenes und freundnachbarliches Volk zu sein. Es war gewiß für unsere Nachbarvölker nicht leicht, dies zu erkennen, anzuerkennen, zu glauben, darauf zu vertrauen, um Neues und Zukunftsträchtiges aufzubauen, und dennoch wäre das für die Zukunft der ganzen freien Welt nötig gewesen, und es ist heute nötiger als je zuvor. „Il faut bâtir à l'ennemi qui fuit des ponts d'or.“

*

In den ersten Jahren nach 1945 fiel das deutsche Volk aus einem aufwühlenden Schuldgefühl heraus in eine extreme Haltung der offen zur Schau getragenen Reue, der um Vergebung bittenden und oft genug würdelosen Unterwürfigkeit, eines „hysterischen Bußkomplexes“ (Palle Laurings Wort). Diese schrillen, mißtönenden Laute sind abgeklungen. Der Wunsch nach einem friedfertigen, freundschaftlichen, bündnisbereiten Zusammenleben mit anderen Völkern ist geblieben, er ist konkreter, realistischer, zielklarer, verpflichtender geworden, aber durchaus nicht weniger stark und auf alle Fälle ehrlich, er kommt aus heißem Herzen und ist sich ganz und gar der in der Zukunft daraus erwachsenden Folgerungen bewußt und ist strebend bemüht, die an eine Erfüllung des Wunsches zwingend geknüpften Erwartungen zu rechtfertigen.

Es sind aus dem deutschen Volk heraus von Einzelpersonen, von Gruppen, Verbänden, Gremien, auch amtlichen Körperschaften, Institutionen und von Regierungen sehr viele Versuche gemacht worden, mit den Menschen jenseits der Grenze in Kontakt zu kommen, Meinungs-austausch herbeizuführen, Zusammenarbeit einzuleiten, um allmählich zu einem guten freundnachbarlichen Verhältnis zu kommen. Es ist beglückend, festzustellen, daß diese Versuche erfreuliche Erfolge gehabt haben, Erfolge, die zu manchen Zukunftshoffnungen berechtigen. Es ist auf manchen Gebieten der Kultur, der Wirtschaft, der Politik zu fruchtbarer Zusammenarbeit gekommen. Solche Bestrebungen beobachten wir nicht nur auf deutscher Seite, sondern auch bei unseren Nachbarvölkern; wir dürfen aber doch wohl feststellen, daß die Deutschen in diesen Bemühungen besonders initiativ und aktiv gewesen sind, wenn bleibende und zukunftsragende Erfolge erzielt werden

konnten. Diese Bemühungen haben ihren Ursprung und ihre nährenden Quelle nicht im Nützlichkeitsdenken, sondern kommen aus ehrlichem Wollen und idealem Streben. Wir dürfen auch feststellen, daß für Deutschland in allen Zweigen der Politik die Leitlinien einer „neuen Ära“ gültig geworden sind, einer Ära der Zusammenarbeit zwischen den Nationen, der Koexistenz, der Überwindung des nationalistischen Denkens, der Beseitigung des nationalstaatlichen Denkens als dem Primat der Politik, der Integration, der Absage an das machtpolitische Denken und an den „heiligen Egoismus“ (ein Begriff, der nicht aus dem deutschen Sprachschatz stammt). Es wäre töricht, zu behaupten, Deutschland verfolge damit nur selbstlose Ziele; natürlich verspricht es sich auch für sich selbst wirtschaftliche Vorteile, kulturelle Fortschritte, politische Stabilität. Aber das, was Deutschland als Ziel einer vollständigen Integration erreichen möchte, ist letztlich zum Wohle aller europäischen Völker, es dient der wirtschaftlichen Entwicklung aller, es dient der Sicherheit der ganzen freien Welt gegen die durchaus noch bestehende Bedrohung der Freiheit durch den militanten Kommunismus, dessen proklamiertes Ziel nach wie vor die Herrschaft des Marxismus-Leninismus über die ganze Welt ist.

Es wäre unrealistisch, anzunehmen, Deutschland als Einzelmacht könne eine Bedrohung und eine Gefahr für die friedliche Welt sein oder werden; dafür reicht die zahlenmäßige, wirtschaftliche und militärische Kraft dieses Landes nun doch wirklich nicht aus. Ganz abgesehen davon, hat das deutsche Volk von Krieg und Zerstörung gründlich genug gekriegt, es will nichts anderes als Frieden. Die Geisteshaltung der Deutschen von heute ist nicht so, daß „den Deutschen nur ein Glaube, ein Dichter — und wohl ein Führer — fehlt, um sich wieder in der alten Gestalt zu erheben und den rabiatischen Nibelungentraum über unser aller Köpfe hinweg zu realisieren“ (Zeitung „Information“, 5. Januar). Wenn solche Frage in einer dänischen Zeitung gestellt worden ist, um eine entschieden bejahende Antwort zu erheischen, so kann sie nur der geistigen Haltung eines Menschen aus der Kategorie jener Reporter entspringen, die sich vermessen, die Mentalität eines Volkes nach kurzem Besuch gültig beurteilen zu können, aus der Kategorie der „terribles simplificateurs“ (Meinecke), die im Zusammenleben der Völker so unendlich viel Unheil angerichtet haben. (Nota bene: die Vokabel „rabiater Nibelungentraum“ ist schlicht und einfach ein billiger Reporter-Slogan; kein Deutscher wäre in der Lage, zu sagen, mit welchen Vorstellungen man dieses törichte und leere Schlagwort füllen sollte.)

Immer wieder hat die deutsche Bundesregierung mit uneingeschränkter Zustimmung aller Parteien nach 1945 verantwortlich erklärt, daß Deutschland der Gewalt abgeschworen habe und daß es nicht anderes erstrebe als Freiheit und Frieden. Das ist in der jüngsten „Friedensnote der Bundesregierung“ (März 1966), die allen Staaten der Welt zugesandt worden ist, erneut in aller Klarheit gesagt worden. Das

sind Verpflichtungen, von denen sich auch künftig keine deutsche Regierung lossagen kann, weder der Welt noch dem eigenen Volk gegenüber.

Zahlreiche Bestrebungen auf hoher Ebene aus dem gleichen Geist und mit demselben Ziel der Verbesserung der Beziehung zu anderen Ländern und Völkern, auch zu denen des Ostens, könnten hier genannt werden.

Es ist sehr zu bedauern, daß alle diese deutschen Bemühungen von der Gegenseite nach Umfang und Gehalt nicht so „honoriert“ worden sind, wie sie es doch wohl verdient hätten. Ist man immer noch nicht gewillt, die ausgestreckte Hand zu sehen und zu ergreifen? Was erwartet man ringsum denn noch mehr von den Deutschen? — Wir erfahren aus den Nachbarländern auch heute noch immer wieder Bekundungen des Unverständnisses und Mißverstehens, des Mißtrauens, der Boshaftigkeit, des Hasses. Das deutsche Volk hat bisher diese Bekundungen mit dem Bemühen, sie zu verstehen und zu erklären, langmütig hingenommen und wird das gewiß auch weiterhin tun. Kann das aber in alle Ewigkeit hinein so weitergehen?

*

Was hier bisher über die Deutschen und Deutschland gesagt worden ist, hat seinen Nährboden in: Optimismus, Vertrauen, Gutgläubigkeit, Hoffnungsfreudigkeit, gutem Willen, ehrlichem Wollen. Nur aus solcher positiven Geisteshaltung heraus kann es ringsum zu einem friedlichen, freundschaftlichen Verhältnis, zur Einigkeit, zum Zusammenhalt und zum Aufbau einer „besseren Welt“ kommen. Die politische Verkörperung der Freiheit ist die Demokratie. Die wichtigsten und tragfähigsten Fundamente der Demokratie sind Humanität und Toleranz. Diese beiden leben nur auf der Grundlage des Verstehens, des Vertrauens, des Verständigungswillens. Das Gebot der Stunde kann nur sein: *Abbau des Mißtrauens*. Auf dem Acker des dann möglichen Vertrauens kann die Saat für eine gute Zukunft gelegt werden, eine Zukunft, die uns allen hier im demokratischen Westen die Möglichkeit zum Leben gewährleistet. Wir wollen ja leben!

Wir haben oft Gelegenheit, mit Menschen in Dänemark zu sprechen, mit deutschgesinnten und mit dänischgesinnten, und es ist erklärlich, daß die Gespräche sich auch mit der Haltung der dänischen Presse beschäftigen. Es ist dann sehr schmerzlich, immer wieder etwa solche Meinungen zu hören: „Die ‚Zeitungen‘ wollen ja gar keine Verständigung, keine Aussöhnung mit den Deutschen; sie säen Mißtrauen, sie ‚leben‘ von Zwietracht, Verdruß (splid og fortræd), Verachtung, Bosheit, Haß; sie ‚leben‘ davon, diese Suppe am Kochen zu halten. — Es vergeht kein Tag, an dem wir nicht in der dänischen Presse eine Bosheit, eine Gehässigkeit, ein herabsetzendes Urteil oder sonst irgend etwas Böses über die Deutschen lesen und sei es auch nur etwas Höhnisches. — Wenn einmal etwas wirklich Gutes von Bedeutung über die Deutschen zu sagen wäre, wird’s totgeschwiegen; wenn bei

großen staatlichen Veranstaltungen repräsentativer Art Vertreter aller Staaten genannt werden, ist Deutschland einfach nicht existent. — Dabei handelt es sich nur selten um abfällige Urteile, Vorwürfe und negative Kritiken, die unter dicken Schlagzeilen erscheinen, sondern meistens um kurze, kleingedruckte Gehässigkeiten; aber gerade diese sind so gefährlich und so vergiftend. „Det er den lille daglige dosis der gør det!“

Der *Optimist* wird hierzu sagen: So schlimm wird es nicht sein, vielleicht handelt es sich um Verallgemeinerungen, Simplifizierungen, augenblickliche Verbitterung aus augenblicklichem Anlaß.

Der *Realist* wird sagen: Solche Meinungen gründen sich auf tatsächlich gegebenen Anlässen und nüchternen Beobachtungen. Sie sind bedauerlich, aber doch wohl nicht so schwerwiegend — im Augenblick nicht; aber in der Länge der Zeit und bei den dauernden Wiederholungen?

Der *Pessimist* wird sagen: Hier haben wir das typische Beispiel für eine vorsätzliche Vergiftung der Atmosphäre und einer gewollten Verhinderung des friedlichen und freundnachbarlichen Zusammenlebens zweier Völker; die Menschen wollen sich vertragen und würden sich vertragen (das sieht man doch bei sehr vielen Begegnungen!), aber die Presse macht alles zunichte.

*

Eins ist sicher: Mißtrauen, Haß, Feindseligkeit, Verdächtigung, Böswilligkeit und schlechter Wille bedeuten eine negative Geisteshaltung, und diese ist steril, sie ist kein Nährboden für das Aufkommen einer Saat für eine „bessere Welt“. Diese Geisteshaltung bedeutet Stagnation, sie führt uns nicht weiter. Wird diese Geisteshaltung nicht überwunden, so muß das mit Naturnotwendigkeit dazu führen, daß das deutsche Volk in seinen Bemühungen um einen Ausgleich, eine Zusammenarbeit mit dem Ziele — meinetwegen — eines geeinten Europas, geeint in friedlicher Zusammenarbeit zur Erreichung all der hohen politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und menschlichen Ziele resigniert, sich verbittert zurückzieht und sich abkapselt oder sich Helfer und „Freunde“ sucht, die keine sind.

Palle Luring sagt in seinen Ausführungen: „Wir müssen weiter! Wir können nicht in alle Ewigkeit vom Haß, von unseren Gefühlen eigener Vortrefflichkeit und auch nicht vom Mißtrauen leben.“

Die Aufforderung zum ersten Schritt auf diesem „Weg weiter“ muß heißen: „Baut das Mißtrauen ab!“

Palle Luring schließt mit den Worten: „Navigare necesse est.“

Dieser Aufsatz soll so schließen: „Vivere necesse est!“

WORAUF ES – NACH KIERKEGAARD – ANKÄME ...

An diesem Punkte möge man mir verzeihen, wenn ich versuche, einige Einsichten Sören Kierkegaards auf die deutsche Geschichte anzuwenden, auch wenn dies weit — aus dem Dänemark des letzten Jahrhunderts — hergeholt erscheint. In seiner Krankheit zum Tode beschreibt Kierkegaard zwei Grundformen menschlicher Verzweiflung: die eine, die er die weibliche nennt: „Verzweifelt nicht man selbst sein wollen“, also die Flucht vor sich selbst, die Verzweiflung der Schwäche. Und die andere, die er die männliche nennt: „Verzweifelt man selbst sein wollen“, die verzweifelte Selbstbehauptung, Selbstrechtfertigung, die trotzig Verzweiflung, der verzweifelte Trotz.

Worauf es — im Vokabular Kierkegaards — ankäme, ist dies: daß sich die Nation der Deutschen endlich selbst annimmt als das, was sie ist, und zwar heute ist, daß sie bereit ist, in voller Nüchternheit sie selbst zu sein: eine tüchtige Industrienation, deren Lebensgewohnheiten sich wenig von denen anderer Industrienationen unterscheiden; eine Nation mit erstaunlichen Fähigkeiten im Guten wie im Bösen, mit politischem Geschick nicht übermäßig gesegnet, mehr geachtet und gefürchtet als geliebt, geworden in einer Geschichte, die so viel Glanz ausstrahlt wie selten die Geschichte eines Volkes, in der es aber auch Ausbrüche gibt, über die unsere Nachbarn um so mehr erschrecken müssen, je weniger wir darüber erschrecken können, eine Nation, die durch den Wahnsinn ihrer Führer manches verspielt hat, was ihr teuer war, nur eines sicher nicht, sich wieder zusammenzufinden in freier Solidarität.

Wenn wir uns so annehmen, ist Nation für uns eine Gemeinschaft von Menschen, die bestimmte Grundwerte gemeinsam realisieren wollen und die bereit sind, Glanz und Last einer Geschichte gemeinsam zu tragen. Wenn wir uns zu dieser Nation bekennen, meinen wir konkrete Menschen, so wie sie nun einmal sind, Mitbürger, Nächste. Und wir sind dann offen für Begegnung und Versöhnung mit anderen Nationen.

*Erhard Eppler in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 20. Mai 1966
in dem Aufsatz „Die Gefahr von rechts“*

In zwei Kulturen zu Hause sein ...

Dr. Karl-Heinz Saß ist der neue Leiter des Deutschen Gymnasiums in Apenrade. Wir stellen ihn unseren Lesern vor mit der — unwesentlich — gekürzten Rede, die er aus Anlaß seines Amtsantritts gehalten hat und die er uns freundlicherweise zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt hat.

Erlauben Sie mir einige wenige Gedanken, die Ihnen den Weg zeigen mögen, der mich von meiner bisherigen Arbeit hierhergeführt hat, und die mir gekommen sind, als ich mich in den vergangenen Wochen mit meinem neuen Amte ein wenig vertraut machen konnte.

Von den persönlichen Neigungen und damit auch vom Studium her zunächst vielleicht mehr Historiker als Germanist, traten in der schulischen Arbeit dann doch die Probleme der Sprache mehr und mehr in den Mittelpunkt des persönlichen Interesses.

*

Als man nach dem letzten Kriege in einem Lande Nordeuropas an die Neuordnung des Unterrichts heranging, wurde auch die Frage der künftigen Unterweisung im Deutschen diskutiert. Es war nahezu selbstverständlich, daß es als *zweite* (nicht als erste) Fremdsprache gelehrt werden sollte, aber selbst auf diesem Platze wollte eine kleine Gruppe es noch weiter einengen durch eine spürbare Herabsetzung der Stundenzahl. Begründung: „Wozu sollen *wir* Deutsch lernen? Die Deutschen selbst können ja bald alle Englisch.“

Vergessen wir einmal die Schärfe der Auseinandersetzung in jenen Tagen, so bleibt doch die erschütternde Feststellung, daß hier die Sprache als ein bloßes Verständigungsmittel empfunden wurde, als ein steriles Instrument, das man vielleicht gelegentlich einmal benutzen muß, um einen eigenen Wunsch oder Willen auszudrücken.

Von diesen Gedanken erfuhr ich Genaueres anlässlich einer Begegnung von deutschen Germanisten mit Fachkollegen aus allen nordeuropäischen Ländern, und ich war glücklich, daß mir meine Bestürzung noch auf derselben Tagung wieder genommen wurde. Ein anderer Vertreter desselben Landes nämlich ergänzte jenen Bericht wie folgt:

„Daß es gelungen ist, nach dem Kriege dem Deutschunterricht eine so hohe Stundenzahl zu erhalten, verdanken wir wohl fast ausschließlich der Tatsache, daß

auch die rabiatesten Antigermanisten ... erkennen mußten, daß gerade der klassische Stoff im Deutschunterricht unentbehrliche Bildungswerte enthält und daß unser Geistesleben ohne Kenntnis der deutschen Voraussetzungen unverständlich bleibt.“

Hier wurden ganz andere Bereiche angesprochen — ich brauche sie im einzelnen nicht anzuführen. Hier war die Sprache lediglich Voraussetzung zum Erfassen der tieferen Schichten des Geistes, jener Schichten, in denen eine Kultur verankert ist. Und noch einmal sei daran erinnert, daß die Diskussion in sehr schwierigen Jahren geführt wurde. Wie wohltuend war es für deutsche Ohren, zu hören, daß man die Bezirke der Kultur zu trennen wußte von den belastenden Problemen jener Zeit.

*

Sie kennen damit einen der Gründe, die mich in die deutsche Auslandsarbeit hineinbrachten. Es war der feste Wille, dazu beizutragen, daß die wertvollen Früchte der deutschen Kultur auch weiterhin erkannt und aufgenommen werden können, allerdings stets unter Berücksichtigung der Kultur des anderen Landes.

Man möge mich nicht mißverstehen. Wir leben in einer Welt voller Mißverständnisse, die besonders dann gefährlich werden müssen, wenn sie zu Verallgemeinerungen führen. Ein dänischer Referent von Rang sagte uns vor einigen Jahren in Lübeck, er empfinde sein Verhältnis zu Deutschland manchmal wie das der zarten Meerjungfrau im Kopenhagener Hafen zur trutzigen Germania des Niederwalddenkmals. Nach einiger Zeit des Aufenthaltes in Deutschland fügte er dann — erneut darauf angesprochen — allerdings hinzu, er habe den Eindruck gewonnen, manche historischen Ereignisse, die den Ausländer noch bedrückten (so etwa formulierte er), seien in Wahrheit bloße Ausstellungsstücke in der deutschen Geschichtsvitrine — und die zitierte Germania gehöre dazu. Wie wohltuend war auch diese Korrektur; denn wir haben anderes anzubieten als das Niederwalddenkmal.

Doch es gab einen zweiten und wohl noch wichtigeren Grund, der mich zu meiner bisherigen Arbeit hinzog, und das war die Begegnung mit dem anderen Menschen. „Snacken müß't mit de Lüüd“, ist eine plattdeutsche Redensart. Gerade solchen Begegnungen von Mensch zu Mensch — sei es im Heimatland oder im fremden Land verdanke ich schönste Stunden. Wie schwer ist es doch oft, einander zu verstehen, und wie beglückend der Augenblick, in dem trennende Schranken gefallen sind! Um es deutlicher zu sagen: Was nützen die bestgemeinten Kulturabkommen und Staatsverträge, wenn sich nicht Menschen finden, die ehrlichen Herzens gewillt sind, sie zu erfüllen! Dann läßt sich Stück für Stück in oft mühseliger Kleinarbeit eine Brücke bauen — wohl auch jene Brücke, die ich im Wappen dieser Schule vorfand.

*

Vielleicht ist es deutlich geworden, warum ich mich um diese besondere Schule

beworben habe. Wer auf mehreren Gebieten im Ausland tätig gewesen ist, wird gut daran tun, sich dann für eines zu entscheiden, will er seine Kräfte nicht zersplittern und damit wirkungslos sehen. Und ich bin glücklich, daß mir eine Aufgabe zugefallen ist, der gerecht zu werden sicherlich nicht immer leicht sein wird, deren Erfüllung aber an entscheidender Stelle zum Brückenschlag beitragen kann, ich meine die Aufgabe, hier eine deutsche Schule leiten zu dürfen.

Schließlich wende ich mich an euch, die ihr als Schüler täglich im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen werdet. Als man mich beim Abschied in Bad Schwartau danach fragte, wie ich denn gerade diese Schüler hier im Grenzland anzusprechen vorhätte, da habe ich spontan geantwortet: Meinen Sie, daß jene so sehr verschieden sind von den hiesigen?! Junge Menschen sind gern fröhlich — hier wie dort; junge Menschen haben ihre altersbedingten Sorgen — hier wie dort; es gibt lerneifrige und nicht ganz so fleißige — hier wie dort. — Und dennoch gibt es einen bedeutenden Unterschied, der mir erst so recht in den vergangenen Wochen klargeworden ist, in denen ich mich hier umsehen durfte: Es ist euch sicherlich schon von anderer Seite her beigebracht worden, daß man von euch besondere Leistungen verlangen muß und erwartet. Ihr kennt das Ziel unserer gemeinsamen Arbeit, wir wollen das Wort nicht strapazieren und damit zum Schlagwort werden lassen; aber was es so recht bedeutet, wenn es heißt, „in zwei Kulturen zu Hause“ zu sein, das werdet ihr erst völlig erfassen und begreifen, wenn ihr eines Tages (und hoffentlich doch mit erfolgreichem Abschluß) die Schule verlassen habt. Dann werdet ihr einem weiter gezogenen Kreise zeigen können, was ihr wirklich zu leisten vermögt, werdet hinausgehen nach Norden und nach Süden. Denkt dann aber auch an das Dichterwort:

Hebt er sich aufwärts
und berührt mit dem Scheitel die Sterne,
nirgends haften dann die unsicheren Sohlen
und mit ihm spielen Wolken und Winde.

Die Zeit bedingungsloser Europäisierung scheint einem frühen Ende entgegenzugehen; stets neue Kraft aber kann der Heimatboden geben, und diese Heimat liegt für euch eben dort, wo zwei Kulturen zumindest einen Teil des Hauses gemeinsam bewohnen.

Grenzlandschule — Grenzlandkinder

Das Nachstehende ist ein Abschnitt aus der Rede, die Knud Fanø, der Rektor der Duborg-Skole in Flensburg, aus Anlaß der diesjährigen Schulentlassungsfeier für die Realschüler und Abiturienten gehalten hat (Übersetzung nach „Flensburg Avis“ vom 28. März 1966).

Ihr habt diese Schule besucht, weil Eure Eltern die dänische Schule für Euch gewählt haben. Ihr seid Kinder des Grenzlandes, und Ihr seid in Eurem täglichen Unterricht der anderen Kultur begegnet. Für mich besteht kein Zweifel, daß die tiefschürfende Begegnung zweier Kulturen in Literatur, Sprache, Geschichte und Gegenwartskunde Euch stark inspiriert hat. Ich glaube sogar, daß viele von Euch dadurch erkannt haben, was von einem Grenzbewohner gefordert wird, und daß viele von Euch diese zusätzliche Forderung bejahen. Soweit ich es beurteilen kann, habt Ihr aus eigener Entscheidung die Wahl Eurer Eltern anerkannt. Und das ist gut so.

Erfahrungsgemäß heißt es im Grenzland, daß derjenige, der sich nicht entscheidet, mit sich selbst nicht im Einklang ist und daß nur aus der Verankerung im eigenen Volkstum heraus in größerer Perspektive gewirkt werden kann. Während Eurer Ausbildung und in Eurem weiteren Wirkungsfeld wird es Euch gut ergehen, wenn Ihr daran denkt, woher Ihr kommt, und die Bindung zu Eurer Heimat bewahrt. Wir, die zu der älteren Generation gehören, müssen es als unsere Aufgabe betrachten, solche Bedingungen zu schaffen, daß viele von Euch eine Tätigkeit hier in der Heimat in Angriff nehmen können. Wo immer Ihr Euer Wirkungsfeld finden werdet, hoffe ich, daß Ihr als Menschen etwas leistet und erkennt, daß das Stück des Einzelnen und der Gesellschaft nicht so sehr auf den erreichten Rechten als auf erfüllten Verpflichtungen beruht.

Das konkrete Wissen, daß Ihr besitzt, ermöglicht es Euch, eine materielle Existenz aufzubauen, und diese soll man nicht verschmähen. Aber es ist heute wichtiger denn je, an seiner geistigen Entwicklung weiter zu arbeiten, zu versuchen, die Konformität, die eine der schlimmsten Bedrohungen unserer Zeit ist, zu vermeiden. Es ist ein Glück, wenn bewußtes Streben nach selbständiger Entwicklung sich mit einem Sicheinsetzen für andere vereinen läßt. Das geschieht, wenn Ihr im Leben ein Engagement verspürt — in Euren Aufgaben.

Piet Hein sagt in einem Vers:

„Husk at elske, mens du tør,

husk at leve, mens du gør.“

Er enthält viel Lebensweisheit für Junge wie für Ältere. Es ist mein Wunsch und meine Hoffnung, daß Euer Elternhaus und Eure Schule während Eurer Entwicklungsjahre Euch nicht nur etwas zum Leben, sondern auch für das Leben gegeben haben. In unserem Schulleben ist das Morgenlied etwas Wesentliches. Ich weiß von älteren Schülern der Duburgschule, daß sie manchesmal nach Jahren sich einer Strophe zur Erbauung erinnern haben. Ich glaube, es wird Euch ähnlich ergehen.

Wir entlassen Euch, und in vierzehn Tagen ertönen aus den Klassen des unteren Stockwerks helle, eifrige Kinderstimmen, die wetteifern, sich äußern zu dürfen. Ihr Realisten und Abiturienten habt uns durch Eure kleinen Besuche in den Tagen nach Eurem Examen erfreut. Obwohl wir Euch entlassen, Euch heute fortschicken, tun wir es nur in dem Sinne, daß wir uns immer auf Euren Besuch freuen, wie wir uns auch darauf freuen, Euch in der praktischen Tätigkeit hier und dort, wo wir zu tun haben, zu begegnen.

Worte können sehr abgegriffen werden, aber in der vollen ursprünglichen Bedeutung der Worte wünscht Euch Eure Schule heute: Glück auf, und lebt wohl!

Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Selbstverwaltung

Der Oberbürgermeister der Stadt Flensburg, Heinz Adler, hat unter dem obenstehenden Titel einen Vortrag gehalten, den wir mit seiner freundlichen Erlaubnis — aus Platzgründen um den sehr wesentlichen geschichtlichen Teil gekürzt — hiermit veröffentlichen.

Kommunale Selbstverwaltung bedeutet Selbstverwaltung der Gemeinden und der Kreise

Die Gemeinden können als die kleinsten Einheiten in der Organisation des allgemeinen menschlichen Zusammenlebens bezeichnet werden, also auf der Stufe unmittelbar über der Familiengemeinschaft.

In Schleswig-Holstein gibt es insgesamt 1393 Gemeinden. Vier davon sind kreisfreie Städte: Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster, mit zusammen mehr als einem Viertel der Gesamtbevölkerung des Landes, das zur Zeit etwa 2,4 Millionen Einwohner hat. Die übrigen 1389 Gemeinden liegen in 17 Landkreisen, darunter auch die sogenannten kreisangehörigen Städte. Rund zwei Drittel der Bevölkerung unseres Landes leben unter städtischen Lebensformen, und das restliche eine Drittel wünscht sie sich. Man spricht von der Aufrüstung des Dorfes, der Angleichung der ländlichen Lebensverhältnisse und von dem kanalisierten Dorfbewohner. Die moderne Industriegesellschaft entwickelt sich immer mehr zu einer städtischen Gesellschaft, was sich auch an der Berufsstruktur ablesen läßt. Vor hundert Jahren war in Deutschland die knappe Hälfte der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Heute beträgt dieser Anteil in der Bundesrepublik nur noch reichlich zehn Prozent. Das Wachstum und die Bevölkerungszunahme der Städte, ihre zwangsläufige Ausdehnung, aber auch das freiwillige, bewußte Ausweichen vieler Stadtbewohner auf das außerstädtische Umland und dessen Naturlandschaft und der dennoch bis in die letzten Winkel einer dörflichen Gemeinde allgemein verbreitete Wunsch nach Teilnahme an städtischen Lebensformen ist zweifellos eine Folge der technischen Errungenschaften.

*

Von allen Gebietskörperschaften stehen die Gemeinden mit ihren Aufgaben den Alltagsbedürfnissen des einzelnen Bürgers am nächsten. Denken Sie bitte
an die Versorgung mit gesundem Wasser,
an die hygienisch einwandfreie Beseitigung der Abwässer,

an die Versorgung mit Elektrizität oder mit Gas,
an die Bereitstellung öffentlicher Verkehrsmittel,
an die Volks-, Real- und Oberschulen sowie an die Berufs- und Sonderschulen,
an die Krankenhäuser,
an die Betreuung alter Menschen in Wohn- und Pflegeheimen,
an den kommunal geförderten Wohnungsbau und die allgemeine Erschließung
von Baugebieten und Industriegelände,
an die Anlage von Straßen und Plätzen, auch Spiel- und Sportplätzen,
Schwimmbädern, Erholungsgebieten,
an die Jugendpflege, die sich ja nicht in der Anlage und Unterhaltung von
Kindergärten erschöpft,
an die Schlachthöfe,
an das Feuerlöschwesen, an die Straßenreinigung,
an das technisch und finanziell sehr komplizierte Problem der Müllabfuhr,
an das weite Gebiet der Kulturpflege mit Theatern, Orchestern, Museen,
Büchereien,
an das Gesundheitswesen,
an die Bauplanung.

Aus diesem Aufgabenkatalog läßt sich ersehen, daß die Kommunen mit ihren
Pflichten zur allgemeinen Daseinsvorsorge immer mehr in die allgemeine Wirtschaft
hineingewachsen sind. Volkswirtschaftlich gibt es keine echte Unterscheidung mehr
zwischen privaten und öffentlichen Investitionen.

*

Die Erfüllung dieser Aufgaben im Rahmen eigenverantwortlicher Selbstverwaltung
ist den Gemeinden verfassungsrechtlich garantiert. Artikel 28, Abs. 2 des
Grundgesetzes hat folgenden Wortlaut:

Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der
örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu
regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen
Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der
Selbstverwaltung.

Dieses verfassungsmäßige Recht der Gemeinden wird in der Schleswig-
Holsteinischen Landessatzung zu einer entsprechenden Pflicht erweitert. Der Artikel
39 lautet:

Die Gemeinden sind berechtigt und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit
verpflichtet, in ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben in eigener
Verantwortung zu erfüllen, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas
anderes bestimmen.

Die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihrer gesetzlichen Zuständigkeit die gleiche Stellung.

Dieses Universalitätsprinzip ist auch in der Schleswig-Holsteinischen Gemeindeordnung nochmals zum Ausdruck gebracht. Der Paragraph 1, Abs. 1 besagt:

Den Gemeinden wird das Recht der freien Selbstverwaltung in eigenen Angelegenheiten als eines der Grundrechte demokratischer Staatsgestaltung gewährleistet. Sie haben das Wohl ihrer Einwohner zu fördern.

Die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen geht also von einer Dreiteilung des demokratischen Staatsaufbaus aus.

Ein Vergleich mit anderen westeuropäischen Staaten ergibt sehr starke Unterschiede. Während beispielsweise die nordischen Staaten, die Niederlande, die Schweiz und Österreich eine sehr stark ausgeprägte kommunale Selbstverwaltung haben, stehen in Großbritannien die örtlichen Behörden unter einer sehr straffen staatlichen Kontrolle. Noch stärker fehlt es in Frankreich, Belgien, Luxemburg und Italien an einer Gemeindeautonomie. Diese Staaten sind betont zentralistisch geordnet.

*

In dem Katalog kommunaler Selbstverwaltungsaufgaben unterscheidet man theoretisch zwischen Selbstverwaltungsangelegenheiten, die auf gesetzlicher Pflicht beruhen, und sogenannten freiwilligen Angelegenheiten, denen sich die Gemeinde nach freiem Belieben zuwenden kann.

Die freiwilligen Selbstverwaltungsangelegenheiten zerfallen wiederum in die völlig uneingeschränkten, deren Durchführungsart gänzlich im Ermessen der Gemeinde steht, wie beispielsweise die Schaffung von Grünanlagen, Badeanstalten, Theatern oder Büchereien, und in sogenannte begrenzte Selbstverwaltungsaufgaben, deren Inangriffnahme der Gemeinde zwar freisteht, bei deren Durchführung sie aber an Gesetze gebunden ist, wie beispielsweise bei der Errichtung und dem Betrieb von Krankenhäusern und Verkehrsunternehmen.

Hinsichtlich der Frage, ob sich eine Gemeinde einer Aufgabe überhaupt zuwenden will oder nicht, verwischt sich der Unterschied zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Selbstverwaltungsangelegenheiten in der praktischen Kommunalpolitik immer mehr. Denn jede Gemeindevertretung wird schon um ihres politischen Ansehens willen und kraft ihres Auftrages zur allgemeinen Daseinsvorsorge bestrebt sein, den Rahmen ihrer Zuständigkeiten auszufüllen und den modernen Anforderungen gerecht zu werden.

*

Weniger in Schleswig-Holstein mit seinen zahlreichen Großgemeinden und seiner

Amtsordnung, wohl aber in anderen Ländern der Bundesrepublik gibt es eine Vielzahl von Zwerggemeinden, die finanziell wie personell außerstande sind, die immer komplizierter werdenden Kommunalaufgaben zu bewältigen. In solchen Fällen kann wohl nur eine Gebietsreform helfen. Aber auch durchaus leistungsfähige Gemeinden haben heutzutage die Aufgabe, über ihre Kommunalgrenzen hinaus, die sich ja in den wenigsten Fällen mit den Grenzen moderner Wirtschaftsgebiete decken, durch interkommunale Zusammenarbeit Regionalplanung und Raumordnung zu betreiben. Den Weg der Eingemeindung halte ich — mit Ausnahme krasser Einzelfälle — nicht für empfehlenswert. Ganz abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten und Verzögerungen, die sich aus politischen und rechtlichen Gründen bei Unfreiwilligkeit ergeben, enthält die Wirtschaft auch räumlich eine viel zu starke Dynamik, als daß die Verwaltungsgrenzen ebenso häufigen gebietlichen Veränderungen unterworfen werden könnten.

EWG-Politik wirkt sich vielleicht am fühlbarsten in den Gemeinden aus. In dem Organisationsaufbau, angefangen von den Gemeinden, die die Basis bilden, bis hinauf zu den Vereinten Nationen sollte nach den Worten des jetzigen Präsidenten des Deutschen Städtetages folgender Grundsatz gelten: Der jeweils größeren Gemeinschaft stehen nur die Kompetenzen zu (und hier möchte ich mir erlauben, persönlich einzufügen: und sind ihr auch tatsächlich zu übertragen), die von der jeweils kleineren nicht sachgemäß wahrgenommen werden können.

*

Wenn man von den Aufgaben der Selbstverwaltung spricht, dann muß man zur Klarstellung und Abgrenzung auch jenen Kreis von Aufgaben erwähnen, der zwar von den Gemeinden zu erledigen ist, aber keine Selbstverwaltungsangelegenheiten darstellt, sondern nach Weisung des Staates zu erfüllen ist. Früher hießen sie „Auftragsangelegenheiten“, heute nennt man sie „übertragener Wirkungskreis“ oder „Weisungsaufgaben“. Bei ihrer Erledigung wird die Gemeinde mit ihrem Verwaltungsapparat als verlängerter Arm des Staates tätig. Sie unterliegen nicht der Entscheidungsbefugnis der Ratsversammlung und nicht der Zuständigkeit des Magistrats oder der sonstigen Ausschüsse, sondern zuständig und verantwortlich sind allein die leitenden Kommunalbeamten, also die Bürgermeister, Oberbürgermeister oder Landräte.

Während in Selbstverwaltungsangelegenheiten die Kommunalorgane lediglich einer Kommunalaufsicht unterworfen sind, die sich auf die Rechtskontrolle beschränkt, aber nicht auf Sachanweisungen oder Ermessensfragen erstreckt, sind in weisungsgebundenen Angelegenheiten die ausführenden Gemeindeorgane auch an Sachanweisungen gebunden. In der Praxis sind aber auch hier die Gemeinden nicht etwa nur auf rein schematisches Handeln beschränkt und in allen Einzelheiten mit

Weisungen versehen, sondern sie sind in sehr weitem Maße zu eigener Initiative, eigenen Überlegungen und Maßnahmen genötigt. Der Katalog der weisungsgebundenen Aufgaben ist sehr umfangreich: Er reicht von der Überwachung von Apotheken und Drogerien über Paßangelegenheiten, Veterinärwesen, Lastenausgleichsangelegenheiten bis zu dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes. Leider werden den Kommunen aber nur Bruchteile der ihnen aus dieser Aufgabenwahrnehmung entstehenden Kosten erstattet. Nicht zuletzt durch den ständigen Zuwachs an weisungsgebundenen Aufgaben werden die Gemeinden in fortschreitendem Maße vor ernsthafte Personalprobleme gestellt.

Die Grenzen der Betätigung der Kommunen im Rahmen ihrer eigentlichen Selbstverwaltung liegen vor allem in dreierlei:

1. Die Grenzen des kommunalen Gemeindegebietes dürfen nicht überschritten werden, was freilich nicht verwechselt werden darf mit interkommunaler Zusammenarbeit — etwa im Rahmen von Zweckverbänden.
2. Andere als öffentliche Interessen dürfen nicht wahrgenommen werden, so daß eine rein wirtschaftliche Betätigung auf ausschließlich privatwirtschaftlichem Gebiet ausgeschlossen ist. Die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe können nicht etwa als privatwirtschaftliche Angelegenheiten betrachtet werden. Denn es liegt im Lebensinteresse eines jeden einzelnen und im Aufgabengebiet allgemeiner Daseinsvorsorge, beispielsweise gesundes Trinkwasser, Kraft- und Lichtstrom zur Versorgung für alle sicherzustellen. Auch kann es beispielsweise nicht gleichgültig sein, ob neue Baugebiete erschlossen werden, die den Bewohnern später etwa nicht die Möglichkeit der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel bieten, und sei es auch durch Verkehrslinien, die für sich allein betrachtet im Betrieb nicht kostendeckend sind, geschweige denn gewinnabwerfend. Leider haben in den letzten Jahren, auch in der Gesetzgebung, Auffassungen an Boden gewonnen, die kommunale Betriebe wie privatwirtschaftliche Unternehmen behandelt wissen möchten, zum Beispiel bei der Umsatz- und Vermögensbesteuerung, die kürzlich vom Bundesgesetzgeber beschlossen worden ist. Ich halte diese Kommunalfremdheit für eine Überspitzung privatwirtschaftlichen Denkens und auch der Krisenfestigkeit lebensnotwendiger Versorgungsquellen abträglich.
3. Die zweifellos wichtigste Grenze der kommunalen Selbstverwaltung ist die finanzielle Leistungsfähigkeit.

Im Verhältnis zum Bund und zu den Ländern ist die Finanzausstattung der Kommunen zu gering. Umgekehrt ist die Verschuldung am höchsten, sie beträgt mehr als beim Bund und bei den Ländern zusammen. Gegenwärtig partizipieren am Gesamtsteueraufkommen der Bund mit 55 Prozent, die Länder mit 33 Prozent und

die Kommunen mit 12 Prozent. Der Anteil der Kommunen ist in den letzten Jahren dabei noch rückläufig gewesen. Von der Gesamtverschuldung hingegen entfällt auf den Bund ein Anteil von 28 Prozent, auf die Länder 15 Prozent und auf die Kommunen 57 Prozent. Seit Jahren ist die Forderung unbestritten erhoben worden, die Steuerverteilung müsse ein Spiegelbild der Aufgabenverteilung sein.

Gibt es unter diesen Umständen noch die Möglichkeit einer kommunalen Selbstverwaltung? Es gibt sogar vereinzelte Stimmen namhafter Fachleute, die eine kommunale Selbstverwaltung für überflüssig halten, da wegen der finanziellen Zwangsjacke den Selbstverwaltungsorganen zu wenig Betätigungsmöglichkeit gegeben und im übrigen durch die geschichtliche Entwicklung eine volksfremde Zentralregierung nicht mehr vorhanden sei, gegen die die Gemeindeautonomie als Bollwerk der Freiheit dienen müßte. Darauf möchte ich sogleich mit dem Bekenntnis antworten:

Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde.

Dieser Satz hat in dem Sinne zu gelten, daß die Gemeinde sich nicht etwa als Widerpart des Landes oder des Bundes betrachten soll, sondern daß alle drei Säulen des Staatsaufbaus sich als ein untrennbares Ganzes betrachten.

*

Eine starke Selbstverwaltung ist und bleibt für Deutschland unentbehrlich. Sie kann durch keine noch so volksnahe Zentralregierung ersetzt werden. Je moderner ein freiheitlicher Staat ist, desto mehr bedarf er der Dezentralisation. Denn nur so kann er individuell wirken. Ein Staatszentrismus in bezug auf Angelegenheiten einer örtlichen Gemeinschaft trägt das Gesetz der bürokratischen Verödung in sich. Nur eine kommunale Selbstverwaltung hat unmittelbare Fühlung mit dem einzelnen Bürger, nur in ihr ist seine unmittelbare Mitwirkung an der Verwaltung gewährleistet. Denn die eigentlichen Parlamente, d. h. die gesetzgebenden Organe — nämlich der Bundestag und die Landtage — haben nur die Kompetenz zum Erlaß von Gesetzen, also von abstrakten, für alle verbindlichen Normen, und die Funktion der bloßen Kontrolle der Regierung. Sie dürfen nicht mitverwalten und nicht unmittelbar in die Verwaltung eingreifen und daran teilnehmen.

Die Vertretungskörperschaft einer Gemeinde hingegen hat außer ihrem örtlichen Gesetzgebungsrecht, — d. h. Satzungsrecht — die Befugnis, jede Verwaltungsentscheidung im Einzelfalle an sich heranzuziehen und im übrigen durch ihre Vertreter im Magistrat und durch ihre Ausschüsse ständig auf die Einzelmaßnahmen der Verwaltung einzuwirken. Die kommunale Selbstverwaltung ist also das Übungsgebiet und das Probefeld für den gesamten demokratischen Staatsaufbau.

*

In welcher Weise kann nun der einzelne Bürger an der kommunalen Selbstverwaltung teilnehmen?

Am wirksamsten kann er es natürlich dann, wenn er selbst zum Gemeindevertreter gewählt ist oder wenn er einer Gemeinde von nicht mehr als siebenhundert Einwohnern angehört, weil in diesen kleinen Orten an die Stelle der Gemeindevertretung die aus allen Bürgern bestehende Gemeindeversammlung tritt. Abgesehen von diesen Fällen hat der Gemeindebürger natürlich sein aktives Wahlrecht und auch die Möglichkeit, als sogenanntes bürgerliches Mitglied in Ausschüsse gewählt zu werden, ohne selbst Mitglied der Gemeindevertretung zu sein. Jedem Bürger steht auch das Petitionsrecht des Artikels 17 des Grundgesetzes zu, d. h. das Recht, eine Eingabe an seine Gemeinde zu richten, und der Anspruch, eine Antwort zu erhalten. Jeder hat auch die Möglichkeit, seine Meinung durch publizistische Mittel zu äußern, z. B. durch Aufsätze oder durch Leserbriefe. Freilich besteht kein Anspruch auf Veröffentlichung. Durch das im Pressegesetz verankerte Recht der Presse auf Auskunftserteilung scheint mir aber gesichert, daß jedes Presseorgan aus naheliegenden Gründen sich jeder Frage sofort mit aller publizistischen Wirksamkeit annehmen wird, die ihr aufgreifens- und verfolgenswert erscheint. Schließlich kann der einzelne Bürger, der nicht in die unmittelbare Mitwirkung und Mitverantwortung der Gemeindevertretung und Gemeindeverwaltung einbezogen ist, seine Auffassung mittelbar durch Mitgliedschaft in Verbänden, Vereinen, Gruppen, z. B. den kommunalen Arbeitsgemeinschaften und — worauf ich noch besonders eingehen möchte — in den politischen Parteien zum Ausdruck und zum Tragen bringen.

*

Was die politischen Parteien anbetrifft, so erhebt sich die Frage, ob und inwieweit Kommunalpolitik Parteipolitik ist. Wer den innersten Kern des Gemeinwesens nicht zur Verkümmern verurteilen will, sondern in der kommunalen Tätigkeit eine selbständige Lebensäußerung und nicht nur die Vollstreckung obrigkeitlicher Staatsverwaltung sieht, muß folgerichtig anerkennen, daß die Gemeinde ein politisches Gemeinwesen ist wie der Staat auch. Es ist nun einmal so, daß die politischen Parteien durch Artikel 21 des Grundgesetzes den Verfassungsauftrag erhalten haben, an der politischen Meinungsbildung mitzuwirken, also auch in den Gemeinden. Das ist unbestritten.

70 bis 80 Prozent aller Bundes- und Landesgesetze betreffen und binden die Gemeinden. Infolgedessen ist der Spielraum der Parteipolitik innerhalb der Kommunen sehr gering. Aber er ist vorhanden. Die parteipolitischen Gegensätze können sich beispielsweise bemerkbar machen in der Frage, ob bei dem begrenzten Finanzvermögen der Schwerpunkt gelegt werden soll auf Straßenbau oder Schulbau

oder kulturelle Einrichtungen oder Wohnungsbau. Ich habe aber die Erfahrung gemacht, daß es gerade in der Gemeinde am allerwenigsten auf die Austragung parteidogmatischer Unterschiede ankommt. Die praktischen Bedürfnisse beherrschen die Politik des Gemeinwesens. Allerdings werden die politischen Machtverhältnisse sich immer auf die Personalpolitik hinsichtlich der leitenden Beamten auswirken. Aber das ist in jeder Demokratie so und bedeutet kein nationales Unglück. Viel schlimmer ist es, wenn eine Einparteistaat herrscht und die übrigen Parteien verboten werden. Es ist bedauerlich, daß in unserer Vergangenheit gerade führende Persönlichkeiten des Geisteslebens sich von der Politik ferngehalten und sich über die Mitarbeit in politischen Parteien erhaben gefühlt haben. Sie flüchteten in den Historizismus der Antike, waren stolz auf ihre politisch unverbindliche Innerlichkeit und überließen das wichtige äußere Geschehen der Aktivität des lebendigen Ungeistes. Demokratie bedeutet politische Mitarbeit und verlangt Bildung.

*

Was die Gemeinden im demokratischen Staatsaufbau anbetrifft, so haben sie eine Doppelstellung: Sie sind als Träger der kommunalen Selbstverwaltung selbständige, vom Staat unabhängige, eigenverantwortliche Körperschaften mit verfassungsmäßiger Garantie ihrer Rechte. Zugleich sind sie aber Teileinheiten desselben Staates und in den Staat eingegliedert. Wenn der Staat selbst den Gemeinden den Freiheitsraum der Selbstverwaltung überläßt, dann in dem Bewußtsein, daß auch die Erfüllung dieser Aufgaben im staatlichen Interesse liegt. Die dezentralisierte, gebietskörperschaftliche Selbstverwaltung bedeutet also nicht Freiheit vom Staat, sondern Freiheit im Staat. Im Zusammenleben der drei Elemente des demokratischen Staatsaufbaus, nämlich des Bundes, der Länder und der Gemeinden, sind die Begriffe der Bundestreue und der Ländertreue geprägt worden. Notwendig erscheint es mir, daran zu denken und auch danach zu handeln, daß es auch eine Gemeindetreue geben muß.

Miteinander sprechen,
Vorurteile überwinden,

sich verständigen,
verantwortlich handeln.

Leitspruch des Internationalen Sonnenbergkreises

Die Leitsätze des SSW zur Kommunalpolitik

1. Der SSW tritt für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ein. Die Bevormundung durch Land und Bund lehnen wir ab. Die Aufgaben der Selbstverwaltungskörperschaften sind am besten durch die direkt Betroffenen zu lösen. Dies gilt für die nahe Zukunft insbesondere für die Neuordnung der kommunalen Einheiten.

2. Die Stärkung der kommunalen Finanzhoheit ist zur Durchführung der Selbstverwaltungsaufgaben unumgänglich. Eine grundlegende Finanzreform muß die Gemeinden und Kreise in die Lage versetzen, durch angemessenen Anteil am Steueraufkommen ihre Aufgaben zufriedenstellend zu lösen. Es ist unverantwortlich, die Finanzreform weiter hinauszuzögern.

3. Wirtschaftsförderung ist eine der wichtigsten kommunalen Aufgaben. Die

wirtschaftliche Entwicklung in den Kreisen und Gemeinden ist die Grundlage für die Erhaltung von Arbeitsplätzen und Beschäftigung. In verkehrsmäßiger Hinsicht muß der Landesteil erschlossen werden, um die Folgen seiner Randlage zu mildern.

4. Wir erstreben eine Verbesserung des Lebensstandards auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit. Eine wesentliche Aufgabe ist der Wohnungsbau; hier sind alle Bevölkerungskreise gleichberechtigt zu berücksichtigen. Der Bau von Altenheimen und Rentnerwohnungen ist zu fördern. Die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung muß gesichert sein. Der Bau von Kinderheimen, Kindergärten, Spielplätzen und Jugendheimen muß vorrangig durchgeführt werden.

Beschlossen von der Außerordentlichen Landesversammlung des SSW am 29. Januar 1966 in Schleswig

Auf dem Gebiete der Kommunalpolitik ist natürlich ein größerer Spielraum für lokalpolitisches und lokalpatriotisches Wirken vorhanden als bei einer „großen“ Wahl, bei der parteipolitische Ideen und Vorstellungen in den Vordergrund treten.

Hier ist es von entscheidender Bedeutung zu wissen, daß es für den SSW keine Trennung gibt zwischen großer und heimatbetonter Politik. Nur wer mit den Füßen fest auf der heimatlichen Erde steht, kann wirklich über die Geschicke der Welt mitbestimmen. Wie das Sprichwort sagt: Fege zuerst vor deiner eigenen Tür!

Aus „Flensburg Avis“ vom 8. Februar 1966

Unterschiede in der Kommunalverwaltung nördlich und südlich der Grenze

Als Amtmann (Landrat) des Kreises Tondern bemüht sich der Verfasser des nachstehenden Aufsatzes um gute Beziehungen über die Grenze hinweg besonders zu seinem deutschen Nachbarreise Südtondern. Unsere Leser wird darum interessieren, was er aus dänischer Sicht zu den Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung diesseits und jenseits der Grenze zu sagen hat.

Es trifft für alle Rechtsgebiete zu, daß sie viel mehr als ein Netz von Gesetzesbestimmungen und anderer Form gesetzlicher Normierung bedeuten. Alle solche Regeln bestehen, um angewandt zu werden, aber wie werden sie angewandt, und welchen Inhalt legen die Gerichte und die Verwaltung in die Worte und Begriffe, die in den Regeln zum Ausdruck kommen?

Das kann man notfalls erkennen, wenn man Rechtsprobleme im eigenen Lande untersuchen und beleuchten will; will man jedoch ein Problem unter dem Gesichtspunkt der vergleichenden Untersuchung beleuchten und somit Material aus dem Recht eines anderen Landes in die Untersuchung einbeziehen, muß man mit Vorsicht vorgehen. Der Verdacht, daß die eine oder andere Regel veraltet ist und von etwas Neuem verdrängt wurde, wird nicht so leicht entstehen, wenn man nicht täglich die Entwicklung in dem entsprechenden Land verfolgt, und mit der Praxis dieses Landes hat man keine direkte Fühlung.

Diese Schwierigkeiten machen sich besonders auf dem bunten und dynamischen Gebiete des modernen Verwaltungsrechts geltend. Ich werde mich daher in diesen Ausführungen wohlweislich vor Experimenten in der angedeuteten Richtung hüten und nur einige Beobachtungen über die Unterschiede in der Kommunalverwaltung nördlich und südlich der jetzigen dänisch-deutschen Grenze aufzeichnen.

*

Für den Kreis Tondern, der den lokalen Hintergrund meiner Bemerkungen bildet, hat in der Tat der Begriff „Grenze“ Jahrhunderte hindurch praktische Bedeutung gehabt. Als Bestandteil des Herzogtums Schleswig waren durch die Jahrhunderte und bis zur Abtretung im Jahre 1864 die großen Enklaven des Königreichs (zu Ribe gehörig) sowohl auf dem Festland als auf den Nordseeinseln innerhalb der Gebiete des

Kreises gelegen. Die Grenzen zwischen dem Königreich und den Herzogtümern, die auf diese Weise innerhalb des Kreises entstanden, bedeuteten trotz ihrer großen nationalpolitischen und rechtlichen Bedeutung nichts gegen die Staatsgrenze, die bei der Wiedervereinigung 1920 den damals 1812 km² großen Kreis Tondern durchschnitt, so daß der jetzige Kreis Südtondern mit den Nordseeinseln Sylt, Föhr und Amrum und das alte Hinterland Tonderns halbwegs bis Husum südlich der Grenze verblieb. Um diese Halbierung des Kreises einigermaßen auszugleichen, wurde im Jahre 1920 die Hvidingharde nördlich Scherrebek vom Kreis Hadersleben getrennt und dem Kreis Tondern einverleibt, so daß dieser nun mit einem breiten Ausläufer in Richtung östlich nach Tingleff das ganze Westschleswig von der alten bis zur neuen Grenze, insgesamt 1390 km², umfaßt, und zwar so, daß die Stadt Tondern statt mitten im Kreis nun als Dänemarks westliche Grenzstadt nach Süden mit einer Placierung und einer Zukunftsperspektive liegt, die sich mit derjenigen Flensburgs als Grenzstadt vergleichen läßt.

Der Verkehr über die Grenze steigt ständig. Die Stadt Tondern beginnt wieder, sich als Hinterland ihres alten Gebietes nach Süden geltend zu machen; die dänische Minderheit in Südschleswig und die Dänen nördlich der Grenze spüren diese in immer geringerem Grad als eine Scheidelinie, und die Kreistage beiderseits der Grenze beginnen miteinander Föhlung zu nehmen. Das gilt nicht zuletzt für das westliche Gebiet, wo wir nördlich und südlich der Grenze eine gemeinsame Aufgabe gegenüber dem Meer im Westen und gegenüber dem Völkervermeer im Osten haben! Die Zusammenarbeit, die mit voller Zustimmung der deutschen Minderheit nördlich der Grenze und der dänischen Minderheit südlich der Grenze zwischen dem Kreistag Tondern und dem Kreistag in Südtondern stattfindet, erstreckt sich auf mannigfache praktische Probleme des Deichbaues, der Wasserläufe und des Verkehrs, findet jedoch ihren besonderen Niederschlag in einer regelmäßigen Zusammenkunft zweimal im Jahr zwischen den beiden Kreistagen, wo wir Probleme von gemeinsamem Interesse erörtern, z. B. ergaben Schulfragen, Landgewinnung in der Nordsee und Deichsicherung nach der Sturmflut 1962 in den letzten Jahren auf den Versammlungen hier und im Kreis Südtondern Anlaß zur Verhandlung. In diesem Frühjahr beginnen wir mit einem Vergleich der Verhältnisse auf den beiden Nordseeinseln Röm und Sylt, indem man beiderorts auf einen Ausgleich zwischen der Bewahrung der wertvollen und charakteristischen Natur und Bebauung dieser Inseln einerseits und der wachsenden Bedeutung der Inseln als Basis für Gewerbe und Erholungsgebiet für die Stadtbevölkerung andererseits hinzielt.

*

Aus dem Obenerwähnten geht hervor, daß wir nicht fremd den gegenseitigen Verhältnissen nördlich und südlich der Grenze gegenüberstehen.

Es besteht wohl kein Zweifel, daß Tradition, Brauch, interne Verhaltensweise und was man sonst an soziologischen Faktoren nennen könnte, so verschieden in zwei voneinander getrennten Staatsgesellschaften sind und sein müssen, daß schon aus dem Grunde ein wesentlicher Unterschied in der Kommunalverwaltung in Dänemark und in Schleswig-Holstein besteht. Darüber hinaus haben meine Fahrten nördlich und südlich der Grenze mir Gelegenheit gegeben, gewisse Unterschiede hinsichtlich der äußeren organisatorischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Kommunalverwaltung festzustellen.

1. In Dänemark unterscheidet man nur zwischen primären und sekundären kommunalen Einheiten. Unter den ersteren versteht man Städte und ländliche Gemeinden, unter den letzteren die Kreise (dänisch „Amter“), die die gemeinsamen Aufgaben der ländlichen Gemeinden wahrnehmen. Im Land Schleswig-Holstein hat man zwischen dem „Kreis“ und den ländlichen Gemeinden eine Einheit eingeschoben, die „Amt“ genannt wird. Dieses Amt hat als eine Art Geschäftsführer eine Reihe von administrativen Gemeinschaftsaufgaben für die Gemeinden des Amtsbezirks übernommen. Ein anderer, besonders wichtiger Unterschied struktureller Art besteht darin, daß die Städte in Dänemark zwar dem Amt (Kreis) als Staatsbehörde unterstehen, nicht aber dem Amt als kommunale Einheit angehören. Die Städte sind also so gestellt wie die kreisfreien Städte im Lande Schleswig-Holstein: Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster. Es wird erwogen, dies zu ändern, vergleichen Sie meine abschließenden Bemerkungen.

2. In Dänemark folgen wir beinahe einem Enumerationsprinzip bei der Verteilung der Aufgaben zwischen primären kommunalen Einheiten und den Kreisen. Die Gemeinden übernehmen nach dem Gesetz Aufgaben, die genau aufgezählt und jeder Art von Gemeinden zugeteilt werden.

In Schleswig-Holstein dagegen richtet man sich sowohl im Kreis in seiner Eigenschaft als Gemeindeverband als auch in den Gemeinden nach einem Universalitätsprinzip, und hat somit eine allgemeine Befugnis, sich lokaler Angelegenheiten anzunehmen. Wenn nicht das Gesetz es anders bestimmt, können die kommunalen Behörden in Schleswig-Holstein also Beschlüsse fassen und je nach dem Bedarf an öffentlichem Einsatz, der in den einzelnen Gemeindebezirken vorliegt, handeln.

3. Der schleswig-holsteinische Kreis nimmt als Gemeindeverband eine sehr dominierende Stellung in dem Verhältnis zu den Gemeinden ein; er nimmt sich der Angelegenheiten an, deren sich in Dänemark eine Stadt oder eine ländliche Gemeinde, eventuell mehrere primäre kommunale Einheiten gemeinsam, annehmen würden. Hinzu kommt, daß die schleswig-holsteinischen Kreise die Selbstverwaltung der Gemeinden supplieren und fördern sollen, wenn eine Gemeinde auf Grund geringer wirtschaftlicher Tragkraft nicht eine öffentliche Aufgabe auf freiwilliger

Grundlage, wie z. B. Krankenhaus, Veranstaltungen kulturellen oder rekreativen Charakters, Energie- und Wasserversorgung, lösen kann. Hier hat der Kreis — was in Dänemark unbekannt ist — eine subsidiäre Kompetenz im Verhältnis zu den Gemeinden.

4. Die dänischen Städte, ländlichen Gemeinden und Kreise können mit Hilfe der durch die kommunale Steuergesetzgebung eingehenden Vermögens- und Einkommensteuer über die vom Staat in Refusion geleisteten Zuschüsse hinaus die Ausgaben für kommunale Zwecke vollauf tragen.

5. Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Kreise sind dagegen in ein kompliziertes Steuer- und Zuschußsystem hineingezwängt, das ihnen keine entsprechende Freiheit gewährt. Der entscheidende Unterschied zum dänischen System besteht darin, daß die Einkommensversteuerung der Bundesrepublik und den einzelnen Ländern vorbehalten ist, so daß das Aufkommen teilweise den einzelnen Ländern und von da aus in Form der erwähnten Zuschüsse weiter den Gemeinden zufließt. Es ist von einem dänischen kommunalen Gesichtspunkt aus eine Schwäche, daß den schleswig-holsteinischen Gemeinden nicht selbst dieser Weg zur Deckung ihrer Aufgaben offensteht.

6. Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und kommunaler Selbstverwaltung, die nach dem Kriege in Schleswig-Holstein stattgefunden hat, ist von dänischer Warte aus gesehen von größtem Interesse. Die dänische Verwaltungsorganisation — wie früher die preußische — ist dualistisch, d. h. die kommunale Selbstverwaltung besteht neben der staatlichen Obrigkeit.

*

In Schleswig-Holstein hat man bekanntlich bei der Reorganisation der Verwaltung einen Zusammenschluß der öffentlichen Angelegenheiten angestrebt, ohne jedoch eine nach moderner — jedenfalls schleswig-holsteinischer — Auffassung sehr schwierige Trennung zwischen staatlichen und kommunalen Angelegenheiten durchzuführen und sämtliche Angelegenheiten der verschiedenen Verwaltungsvorgänge soweit möglich bei einer einzelnen Behörde zusammenzufassen. Man erblickt keinen prinzipiellen Gegensatz zwischen Staatsverwaltung und kommunaler Selbstverwaltung; diese ist nur eine der Formen, unter denen der Staat seine Verwaltungsabsichten verwirklichen kann, und die Gemeinden, darunter die Kreise in ihrer Eigenschaft als Gemeindeverband, müssen als die kleineren Einheiten, die gemeinsam den Staat bilden, betrachtet werden.

Demzufolge sind nach schleswig-holsteinischem Gemeinderecht große Teile der früheren staatlichen Polizeiverwaltung kommunal geworden, so wie auch die Gesundheits-, Veterinär- und Bauadministration, die früher staatlich war, der Kommunalverwaltung unterstellt worden ist.

Übereinstimmend hiermit wurde auch die Stellung des Landrats verändert. Der Landrat war bekanntlich unter der früheren preußischen Ordnung Staatsbeamter mit der wichtigen Aufgabe, innerhalb der Gemeindeverwaltung Vorsitzender des Kreistages zu sein. Durch die neue Ordnung ist der Landrat Kommunalbeamter mit der — an sich bedenklichen — Abhängigkeit vom Kreistag, die in der zeitlichen Begrenzung seiner Anstellung liegt.

In Dänemark ist der Landrat Staatsbeamter, mit staatlichen Befugnissen als übergeordnete Obrigkeit und gleichzeitig Vorsitzender des Kreistages. Aus moderner Sicht kann man es damit motivieren, daß der Staat ein Interesse hat, die Planungsaufgaben in den Kreisen und deren Verwaltung bedeutender Staatsmittel zu überwachen; das wird besonders wichtig sein, wenn die Städte (s. unten) wie in Schleswig-Holstein den Kreisen unterstellt werden und diese dann in ausgeprägtem Maße Organe der dezentrierten Gesellschaftsverwaltung zwischen den primären kommunalen Einheiten und dem Staat werden.

Entsprechend ist der schleswig-holsteinische Landrat als Vorsitzender des Kreisausschusses und Leiter der täglichen Verwaltung mit Befugnissen versehen, die ihm wesentlichen Einfluß auf die verwaltungsmäßige Linie, die der Kreistag absteckt, verschafft. Sein gesetzliches Recht, an den Verhandlungen des Kreistages teilzunehmen und das Wort dort zu ergreifen, stellt ferner sicher, daß der Kreistag seine Meinung darüber hört, was in den einzelnen Angelegenheiten gesetzlich und was zu tun empfehlenswert ist.

Und schließlich bewirkt sein Recht, gegen die Beschlüsse des Kreistages Einspruch zu erheben, daß diese, im Falle einer möglichen Gesetzwidrigkeit, einer höheren Instanz zur Prüfung vorgelegt werden können, und daß Beschlüsse, deren Zweckmäßigkeit zweifelhaft ist, auf mehr als einer Sitzung behandelt werden können. Die Rücksichtnahme auf die Gesellschaft als Ganzes oder auf den Staat, die man durch die schleswig-holsteinische Kommunalverwaltung anstrebt, ist durch die Verpflichtung, gesetzmäßige Verwaltung auszuüben, gesichert. Die Durchführung dieser Verpflichtung wird von den Aufsichtsbehörden überwacht; hinzu kommt, wie soeben ausgeführt, der rechtlich gesicherte Einfluß des Landrats in einem Kreistag, der, indem er sowohl Land- als Stadtgemeinden umfaßt — wie oben erwähnt — wirklich in der Mitte zwischen den primären kommunalen Einheiten und der staatlichen Zentralverwaltung liegt. Die Aufsicht über die Gemeinden entspricht im wesentlichen derjenigen, die nach dem dänischen Grundsatz dem Staat obliegt.

*

In Dänemark beschäftigt sich eine im Jahre 1958 von der Regierung eingesetzte Kommunalgesetzkommission mit Reformvorschlägen für die Kommunalverwaltung, die in ihrer jetzigen Form in Dänemark auf die Mitte des vorigen Jahrhunderts

zurückgeht. Die dieser Kommission gestellte Aufgabe bestand darin, teils die jetzt gültigen Verwaltungsgesetze für die Städte als auch für die ländlichen Gemeinden zu bearbeiten, teils die Möglichkeiten der Errichtung einer zweckmäßigeren kommunalen Einteilung zu untersuchen. Die sehr gründlichen Untersuchungen, die diese Kommission vorgenommen hat, ergeben folgendes Bild einer zukünftigen Ordnung der Verhältnisse der Gemeinden, zu welcher das Folketing Stellung zu nehmen haben wird:

1. Neue ländliche Gemeinden mit 4000 bis 6000 Einwohnern.
2. Neue Kreise (Ämter), die sowohl Städte als auch ländliche Gemeinden umfassen.
3. Neues Verwaltungsgesetz, gemeinsam für Städte und ländliche Gemeinden.
4. Neue kommunale Steuergesetze.
5. Regulierung der Größe der jetzigen Kreise (Ämter), wobei es sich vornehmlich um Grenzregulierungen handeln wird, aber möglicherweise in gewissen Fällen auch um eine Zusammenlegung kleinerer Kreise.

Alle diese Reformbestrebungen haben das klare Ziel, die kommunale Selbstverwaltung, die mit Recht als ein fundamentales Glied in der dänischen Demokratie betrachtet wird, zu stärken.

Der Austausch von Gesichtspunkten und Erfahrungen, der der Zweck dieses Rechenschaftsberichtes ist, kann bis zu einem gewissen Grad auf der Grundlage der genannten Programmpunkte weitergeführt werden.

Am auffallendsten ist die Tatsache, daß man in Dänemark auf Kreise hinzielt, die wie in Schleswig-Holstein sowohl Städte als ländliche Gemeinden umfassen. In diesem Punkt wird wahrscheinlich eine prinzipielle Übereinstimmung der kommunalen Struktur nördlich und südlich der Grenze eintreten.

Der Unterschied, der heute zwischen den strukturell und wirtschaftlich recht schwachen ländlichen Gemeinden in Schleswig-Holstein und den relativ stärkeren ländlichen Gemeinden in Dänemark besteht, wird dagegen stärker werden. Denn sowohl die Zusammenlegung von Gemeinden, die in Dänemark bevorsteht, und die geplante Reform des Steuergesetzes wird den dänischen ländlichen Gemeinden eine noch größere administrative und wirtschaftliche Tragkraft als heute geben. Sie haben heute schon einen Vorzug gegenüber den schleswig-holsteinischen ländlichen Gemeinden durch die Möglichkeit, nach Bedarf Grund- und Einkommensteuern zu erheben. In diesem Punkt könnte man sich vielleicht in Schleswig-Holstein von den dänischen Reformbestrebungen inspirieren lassen.

Umgekehrt scheint mir, daß man in der weiteren Entwicklung dieser in Vorbereitung befindlichen Gesetzgebung in Dänemark aus den sehr prinzipiellen Überlegungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Staat und Gemeinde in Schleswig-Holstein

lernen könnte. Es ist verständlich, daß die großen kommunalen Organisationen, die die Arbeit der Kommission für das Kommunalgesetz prägen, sich nicht als Fürsprecher für das wirtschaftliche und planungsmäßige Interesse des Staates fühlen, in der einen oder anderen Form einen rechtlich gesicherten Einfluß auf die übergeordnete kommunale Administration zu erhalten. Was den weiteren Weg der Vorschläge zu Regierung und Folketing angeht, darf man sicherlich damit rechnen, daß die Frage unter prinzipiellen verwaltungsmäßigen Gesichtspunkten, wie es in Schleswig-Holstein geschah, zur Behandlung kommen wird.

WIR SIND DER AUFFASSUNG, DASS ...

die Mitarbeit in den kommunalen Vertretungen ein wichtiger Bestandteil unserer Gesamtarbeit ist ...,

der Raum zu beiden Seiten der Grenze zum großen Teil gleichgelagerte Probleme hat und daß dieser Umstand enge Kontakte und Zusammenarbeit über die Grenze herüber wünschenswert und notwendig macht,

man die Erfahrungen aus der praktischen skandinavischen Zusammenarbeit daraufhin untersuchen sollte, ob sich aus ihr Anregungen für unser Grenzland ableiten lassen, sehr viel von den Standortnachteilen des Grenzraumes die Rede ist, aber zu wenig von den Standortvorteilen, die ja schließlich auch gegeben sind, und daß das schleswigsche Grenzland zu einem Gebiet fruchtbarer Wechselwirkungen weiter fortentwickelt werden kann,

an der EWG-EFTA-Grenze wichtige Funktionen im deutsch-dänischen Wirtschaftsverkehr abzuwickeln sind und hier auch der Überwindung dieser Wirtschaftsgrenze vorzuarbeiten ist, u. a. durch Liberalisierung und Rechtsangleichung.

Aus den zwölf Punkten zur Situation im schleswigschen Grenzland
Veröffentlicht in „Der Nordschleswiger“ vom 1. Januar 1966

Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten im Kreise Südtondern aus heutiger Sicht

Eine „große Wanderungsbewegung von Norden nach Süden“ in den kommenden Jahren in Schleswig-Holstein sagte der SPD-Landesvorsitzende Joachim Steffen voraus. „Das Land wird umgekrempelt werden wie ein Strumpf“. Verursacht werde die bereits begonnene Massenwanderung unter anderem durch das Auslaufen des „Programms Nord“, die stark aufgeblähte Baukapazität und weitere Rationalisierungen in der Landwirtschaft. Ziel sei das Hamburger Umland, in dem bereits 45 Prozent der Menschen des Landes Schleswig-Holstein wohnen. Bis 1980 werde die Bevölkerung dieses Gebietes um über 200 000 Menschen zunehmen. Das „Wanderungsgebiet Schleswig-Holsteins“ werde zwischen Lübeck, Itzehoe und Brunsbüttelkoog liegen. „Dort werden die Würfel über die künftige soziale, wirtschaftliche und politische Zukunft des Landes fallen.“ (Flensburger Tageblatt vom 24. Mai 1966.)

Zu dem nachstehenden Aufsatz des Landrats des Kreises Südtondern ist dieses Zitat quasi der Kontrapunkt. Die Äußerungen Steffens und die Situationsschilderung Dr. Klaus Petersens stehen in keinem äußeren Zusammenhang, der innere ist ohne weiteres gegeben.

(Die Red.)

Es ist das Verdienst der Grenzfriedenshefte, in einem besonders ausgestatteten Heft die Geschichte und die gegenwärtigen Verhältnisse der nordfriesischen Landschaft vor etwa fünf Jahren anlässlich des Friesenkongresses dargestellt zu haben. In diesem Heft hat Dr. August Fröbe die wirtschaftliche Entwicklung Nordfrieslands beschrieben und dabei das Programm Nord, das 1961 im Nordteil Nordfrieslands, im sogenannten Erschließungsraum Wiedau—Bongsiel, seinen Arbeitshöhepunkt hatte, im einzelnen erläutert. Dabei hat er, ein ausgezeichneter Sachkenner, in wenigen markanten Sätzen die geschichtlichen Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung Nordfrieslands umrissen und auf die allumfassende Bedeutung der landeskulturellen Maßnahmen des Programms Nord hingewiesen, dabei die Flurbereinigung, die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen, Aufforstung und Windschutz und den Verkehrsstraßenbau im einzelnen behandelt. Hieran möchte ich anknüpfen und die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten im Kreise Südtondern aus heutiger Sicht erörtern.

*

Wir müssen im Programm Nord die Summe von Maßnahmen sehen, um die Basis

für die dauerhafte Existenz der Menschen in Nordfriesland, damit auch des Kreises Südtondern, zu schaffen. Bund, Land, Kommunen und private Träger haben in diesem großen, seit 1953 andauernden Programm Nord große Geldbeträge aus öffentlichen und privaten Mitteln aufgewendet.

Es handelt sich dabei aber um Investitionen, die die während dieser Zeit herbeigeführte wirtschaftliche Blüte in allen Zweigen des Berufslebens auf die Dauer nicht sichern können; denn einmal — und dieser Zeitpunkt rückt jedenfalls für den Kreis Südtondern greifbar nahe — werden die Quellen aus öffentlichen Mitteln versiegen. Das bedeutet angesichts der Finanzmasse des Programms Nord, daß weitaus über die Hälfte der aufgebrachten Mittel nicht mehr in die heimische Wirtschaft fließen. Darum gehört es zur Aufgabe eines jeden für den Kreis verantwortlichen Kommunal- und Wirtschaftspolitikers, daß er bereits jetzt diejenigen Maßnahmen und Schritte einleitet oder veranlaßt, welche geeignet sind, die Existenz der Menschen, die Wirtschaftskraft des Raumes und die gesellschaftliche Weiterentwicklung Nordfrieslands auf die Dauer zu sichern.

*

Ich beschränke mich auf die kommunalpolitische Aufgabe. Es erhebt sich zuvor die Frage, ob Gemeinden, Städte und Kreise überhaupt berechtigt, gegebenenfalls verpflichtet sind, sich einer solchen Aufgabe der wirtschaftlichen Festigung oder wirtschaftlichen Förderung zuzuwenden. Insbesondere erhebt sich die Frage angesichts der in der Bundesrepublik wie in der gesamten westlichen Welt bestehenden freien Marktwirtschaft als einer Wirtschaftsordnung, die auf der Basis der freien Unternehmerinitiative beruht.

Wir wissen aus der Gemeindeordnung, daß die Gemeinden das Recht der freien Selbstverwaltung erhalten und das Wohl ihrer Einwohner zu fördern haben. Wir stellen dabei fest, daß sie berechtigt und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit verpflichtet sind, in ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben in eigener Verantwortung zu erfüllen, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen. Auch die Kreise haben die Aufgabe, soweit öffentliche Aufgaben von kreisangehörigen Gemeinden und Ämtern wegen ihrer geringen Leistungsfähigkeit und Größe nicht erfüllt werden können und soweit Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen, in ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben in eigener Verantwortlichkeit zu erfüllen.

Nun ist die Wirtschaftsförderung einer jener wenigen, aber eminent wichtigen Teile kommunalpolitischer Aufgabengebiete, die durch keine Spezialgesetze bereits geregelt oder bestimmt sind. Lediglich unter Bezug auf Art. 28 unseres Grundgesetzes in Verbindung mit den bereits genannten Vorschriften unserer Kommunalgesetze sind die Kommunen beauftragt, sich auch insoweit für das Wohl

ihrer Bürger einzusetzen.

Es gibt, besonders in den letzten Jahren, im Zusammenhang mit einer Flut von Aufsätzen, Beiträgen, Vorträgen und anderen Publikationen viele Abhandlungen über Planung und Wirtschaftsförderung, die auch über Presse, Rundfunk und Fernsehen in alle Häuser der Leser gedrungen sind. Wir wissen aus langjähriger Praxis kommunaler Arbeit, daß schon zwischen den beiden Weltkriegen über das Maß an Zurückhaltung gegenüber einer Wirtschaftsförderung in beratender, anregender und vermittelnder Richtung hinaus auch bereits finanzielle Stützen für diese Ziele gegeben worden sind. Hierbei ist nicht etwa an die finanziellen Stützen gedacht, wie sie sich im Programm Nord zweifelsfrei zum Segen und zur Blüte der Wirtschaft des betroffenen Gebietes ausgewirkt haben, durch öffentliche Mittel Dienstleistungsbetrieben Aufträge zur Steigerung der Umsätze und Verdienste sowie zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu verschaffen. Denn das konnte ja, wie dargelegt, nur vorübergehend für die Dauer dieser Investitionen zur wirtschaftlichen Entfaltung führen. Es ist vielmehr darüber nachzudenken, inwieweit man auch mit öffentlichen Mitteln durch Kredite oder Zuschüsse eine dauernde wirtschaftliche Sicherung und Entwicklung herbeiführen kann.

*

Der Kreis Südtondern hat in Erkenntnis der Bedeutung dieser Überlegungen bereits 1963 durch die Agrar-Soziale Gesellschaft, die bereits für den erwähnten Erschließungsraum Wiedau—Bongsiel ein umfassendes Gutachten über kommunalwirtschaftliche Folgemaßnahmen erstellt hatte, eine auf das Gebiet des Kreises begrenzte Strukturanalyse über die Entwicklungsmöglichkeiten anfertigen lassen. In diesem Gutachten wurde im einzelnen die wirtschaftliche und soziale Situation des Kreises analysiert und dabei die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Südtondern, die damit verbundenen kommunalpolitischen Folgemaßnahmen und eine besonders eingehende Beleuchtung der Arbeitsmarktentwicklung erarbeitet.

Über die landwirtschaftlichen Arbeitsreserven meint man im Gutachten, daß, vom Stande des Jahres 1963 aus gesehen, auf kurze Sicht 700, auf lange Sicht 1100 landwirtschaftliche Arbeitskräfte zur Verfügung stehen würden. Es wird dabei die Vermutung ausgesprochen, daß vermöge der weiteren Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe Arbeitskraftreserven in andere Gewerbebereiche abwandern würden.

Deshalb kommen die Gutachter zu dem Schluß, daß in verstärktem Maße die Stärkung bestehender oder der Gewinn neuer Gewerbebetriebe das Ziel für die Existenzsicherung der Menschen sein sollte. Sie bemerken beispielsweise, daß bereits die Errichtung eines mittelgroßen Industriewerkes mit 1500 bis 2000

Beschäftigten eine erhebliche Verbesserung der Wirtschaftssituation des Kreises herbeiführen würde. Im allgemeinen äußert man sich über die Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze, daß voraussichtlich bis zum Jahre 1975 zusätzlich 3000 bis 4000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, wenn man, selbst mit Rücksicht auf die Festigung und Stärkung der Betriebe, die durch das Programm Nord eine Initialzündung erhalten haben, und eingedenk der Nachfrage nach Arbeitsplätzen bei Einrichtungen der Bundeswehr lediglich die für diesen Zeitraum zu vermutende Geburtenüberschußquote berücksichtigt. Man ist der Ansicht, daß jährlich 280 bis 320 neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, wenn keine Abwanderung aus diesem Raum stattfindet. Dabei weist man auf das Investitionsvolumen für die Sicherung dieser Arbeitsplätze hin und behauptet, daß man für einen industriellen Arbeitsplatz einschließlich derjenigen Kosten, die für die sogenannte Infrastruktur aufzuwenden wären, rund 50 000 bis 60 000 DM zu investieren hätte. Somit belief sich das zusätzliche Investitionsvolumen im Kreis Südtondern für die Sicherung der Arbeitsplätze in der obengenannten vermuteten Anzahl auf rund 15 bis 18 Millionen DM.

*

Jeder Leser und Kenner der Verhältnisse im Kreise Südtondern und wohl auch der angrenzenden Kreise, die strukturell ähnlich liegen, wird diese Thesen mit Rücksicht auf die bis heute verlaufene Praxis etwas belächeln, wenn nicht bestreiten. In der Tat müssen wir feststellen, daß bislang eine Nachfrage nach Arbeitsplätzen nicht festzustellen ist, vielmehr noch eine teilweise heftige Nachfrage nach Arbeitskräften aus einzelnen Zweigen des Gewerbes und des Dienstleistungsbereiches zu beobachten ist. Ein Blick in den Anzeigenteil der Tageszeitungen belehrt uns. Industriebetriebe in einem Umkreis von 100 km oder das Baugewerbe, besonders auf den nordfriesischen Inseln, üben einen erheblichen Sog auf den Arbeitsmarkt aus. Noch heute legen Arbeitskräfte zu ihren Arbeitsplätzen größere Entfernungen zurück, nicht weil sie dazu genötigt wären, sondern die Arbeitgeber sie unter allen erdenklichen Erleichterungen und finanziellen Zuwendungen zur Zurücklegung des Weges zum Arbeitsplatz zu gewinnen vermochten.

Selbstverständlich weiß auch der Kommunalpolitiker, daß das Gutachten der Agrar-Sozialen Gesellschaft eine sorgfältige, auf reichhaltigem wissenschaftlichem Material beruhende Arbeit über den Kreis Südtondern für seine wirtschaftliche Entwicklung ist und daß man auf keinen Fall an den Prognosen der Gutachter vorübergehen kann, zumal freiwerdende Arbeitskräfte mit dem Rückgang der Aufträge des Programm Nord nur logisch sind.

Andererseits konnte man angesichts der Tatsache, daß im ganzen Kreise Südtondern in hohem Maße Nachfrage nach Arbeitskräften fortbestand, die

Ermittlungen der Agrar-Sozialen Gesellschaft allein nicht zur Grundlage von aktuellen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung machen. Es galt, die Betroffenen einfach zu fragen, um die Prognose der AGS zu überprüfen und für die nächste Zukunft einen Überblick zu gewinnen. In Zusammenarbeit mit Bürgermeistern und Amtmännern von 41 Gemeinden im Festlandsteil des Kreises wurde daher eine Befragungsaktion durchgeführt und Fragebögen an alle Haushaltungen in den Gemeinden gerichtet. In diesen wurden alle arbeitsfähigen Menschen gefragt, ob sie in den nächsten Jahren an den Wechsel ihres Arbeitsplatzes dächten, ob sie jetzt bereits eine Beschäftigung suchen oder ob sie etwa in zwei Jahren nach einer solchen Beschäftigung trachten. Erfreulicherweise haben sich die angesprochenen Personen mit diesen Fragebögen ernsthaft beschäftigt und dadurch ein umfassendes Bild über ihre Lage vermittelt. So sind in diesen Gemeinden, in denen rund 6560 Arbeitskräfte wohnen, 1060 Personen, die eine Beschäftigung suchen, und 238, welche in vermutlich zwei Jahren einen Arbeitsplatz haben möchten. Bei den Angaben, die jeweils nach männlichen und weiblichen Personen aufgeschlüsselt waren, überwogen die männlichen Arbeitskräfte, welche entweder den Arbeitsplatz wechseln oder jetzt oder in zwei Jahren eine Beschäftigung suchen werden. Daraus kann geschlossen werden, daß es sich bei den interessierten Personen vorwiegend um solche handelt, die sich im Zusammenhang mit dem zurückgehenden Auftragsbestand durch das Programm Nord vorsorglich nach einem Dauerarbeitsplatz umsehen. Daneben wird bei den weiblichen Arbeitskräften von solchen auszugehen sein, die als Ehefrauen eine zusätzliche Erwerbsquelle suchen. Wie ersichtlich, richtete sich die Fragebogenaktion nur an die Bewohner des Festlandteiles. Die drei nordfriesischen Inseln, welche als Fremdenverkehrsinseln bekannt sind, mußten und konnten davon ausgeschlossen bleiben, weil sich dort der Arbeitsmarkt völlig nach Angebot und Nachfrage des Fremdenverkehrsgewerbes richtet. Die Schwächen des Fremdenverkehrsgewerbes liegen nicht in der Marktferne — der Markt sind die Inseln — sondern im Klima, im Kapitalmangel für Investitionen und im Personalmangel bei den lohnintensiven Beherbergungsbetrieben. Es gelten entgegengesetzte wirtschaftspolitische Überlegungen wie für die Festigung der Arbeitsplätze im übrigen Kreisgebiet, das durch Landwirtschaft, Dienstleistungsbetriebe und nur wenige Industriebetriebe geprägt ist.

*

Es erhebt sich also die Frage, welche Schritte man im Kreis zur Existenzsicherung der Menschen einzuleiten hat. Hierbei muß man zwischen der Festigung, Stärkung und Ausweitung bestehender gewerblicher Unternehmen und dem Gewinn neuer Unternehmen unterscheiden.

Auf keinen Fall darf bei den Bemühungen, neue Unternehmungen zu gewinnen, etwa

eine Beeinträchtigung der bestehenden Betriebe eintreten. Diese haben sich in einem Gebiet, das wegen seiner wirtschaftlich ungünstigen Lage ohnehin die Entwicklung von Gewerbebetrieben erschwert, wenn nicht teilweise unmöglich macht, unter großen Schwierigkeiten entwickelt und den Menschen Arbeit und Brot gegeben. Ihnen muß, da sie sich bewährt haben und verwurzelt sind, auf jeden Fall Unterstützung zuteil werden. Dennoch kann man ohne Schaden für sie an neue Betriebe solcher Wirtschaftszweige denken, die ohne Beeinträchtigung der anderen, ja vielleicht sogar zum Nutzen der bereits bestehenden Betriebe gewonnen werden könnten. Betriebe welcher Art und Herkunft für den Gewinn zusätzlicher Arbeitsplätze gewonnen werden können, hat in den letzten Jahren die Öffentlichkeit in unserem Grenzraum aufhorchen lassen. Es liegt auf der Hand, daß unser nördlicher Nachbar Dänemark, den wir als einen sehr leistungsfähigen und anpassungsfähigen Wirtschaftspartner kennen, die wirtschaftliche Situation genau so bedenkt wie wir, welche durch das Zusammentreffen der beiden Wirtschaftsräume EWG und EFTA an unserer Staatsgrenze entstanden ist. In den letzten Jahren hat diese Situation beispielsweise in der Gemeinde Harrislee im Nachbarkreis Flensburg-Land dank der Initiative der dortigen Kommunalpolitiker zu einer erfolgreichen Gewerbeansiedlung geführt. Eine ganze Reihe skandinavischer Betriebe hat sich in der Gemeinde niedergelassen und den durch andere Umstände in Flensburg und Umgebung brotlos gewordenen Menschen neue Arbeitsplätze verschafft.

*

Nichts liegt näher, als daß auch im Kreis Südtondern solche Wege beschritten werden müssen. Allerdings setzt es nach dem probaten Beispiel Harrislees voraus, daß solche Gemeinden, namentlich kleine Städte und Mittelpunktgemeinden, die ihrer Struktur nach für die Ansiedlung kleiner, allenfalls mittlerer Gewerbebetriebe interessant sind, die notwendigen Vorkehrungen für die Ansiedlung solcher Betriebe treffen. Das bedeutet, daß die Gemeinde nicht nur über das notwendige Gelände verfügt, es planerisch ausweist, sondern daß das Gelände zu für den Gewerbebetrieb interessanten Preisen zu kaufen ist und durch Straßen, Hygiene und Energie schlüsselfertig angeboten werden kann. Hierzu bedarf es natürlich großer finanzieller Anstrengungen. Im übrigen bedeuten solche Investitionen ein nicht unerhebliches Risiko, weil damit gerechnet werden muß, daß eine Gemeinde mit solchem unter großem Aufwand vorbereiteten Gelände sitzenbleibt.

Was ein Grenzkreis zur Förderung der gesamten Wirtschaft eines Landkreises unternehmen sollte und auch an Hand des Beispiels Harrislee unternommen hat, zeigt der sehr interessante Aufsatz von Landrat Lausen in einer Schriftenreihe „20 Beiträge auf Gemeinschaftskurs im Programm Nord“, die der leitende Ministerialrat Dr. Bielfeld, Kiel, 1965 herausgegeben hat.

Um das Interesse von Betrieben, insbesondere aus dem skandinavischen Raum, für die Ansiedlung im Kreise abzutasten, wurde zunächst der Versuch unternommen, durch einen Werbeprospekt auf das Gewicht des Kreises Südtondern für die wirtschaftliche Entwicklung aufmerksam zu machen. In dem Werbeprospekt wurden von den für die Ansiedlung geeigneten Gemeinden (Niebüll, Leck, Risum, Lindholm, Süderlügum, Medelby, Ladelund und Neukirchen) die wesentlichen Daten über Größe, kommunale Ausrüstung, Verkehrslage und insbesondere Industriegelände und Arbeitskräfte angegeben. Bei der Industriemesse in Hannover im Jahre 1965 gelangte der Werbeprospekt zum ersten Mal zur Verteilung. Wie bei allen Werbeprospektaktionen war man sich von vornherein darüber klar, daß der Erfolg erst in Verbindung mit weiterer persönlicher Kontaktaufnahme spürbar sein konnte. Im übrigen ist die Realität des Angebots von erschlossenem Industriegebiet und von Arbeitskräften die entscheidende Grundlage für einen Erfolg.

*

Bei den Bemühungen um weitreichende, vorausschauende wirtschaftsfördernde Maßnahmen kann eine Gesamtplanung und eine Erfassung und Durchdenkung des für die wirtschaftliche Erschließung geeigneten Raumes nicht unterlassen werden. Hier zeigt sich allerdings, daß die Beschränkung auf das Kreisgebiet diesen Anforderungen nicht genügt. Die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen im Landesteil Schleswig gehen von Ost nach West, auch diagonal, und überschreiten in jedem Fall die Grenzen der Kreise bei weitem. Sie verbinden die Städte des Landesteils und können vor allen Dingen nicht vor den Mauern Flensburgs haltmachen. Die Praxis zeigt deutlich, daß man ohne planvolles Zusammenwirken zwischen Ostküste und Westküste nur zu Unzulänglichem gelangt. Wenn bereits aus dem Raum in und um Flensburg betriebseigene Autobusse bis in die westliche Marsch des Kreises Südtondern fahren müssen, um sich dort Arbeitskräfte zu holen, wenn im übrigen nach den Berichten des Arbeitsamtes Flensburg die Gewerbebetriebe im Raume von Flensburg, einschließlich der bereits erwähnten Gemeinde Harrislee, dauernd und dringend nach Arbeitskräften suchen, wenn Firmen aus diesem Raum Arbeitskräfte verlangen und dabei auf dem Arbeitsmarkt in Konkurrenz geraten, so macht das deutlich, daß weder der Ost- noch der Westraum unseres Landesteils Schleswig ohne Abstimmung untereinander eine dauernde Festigung der Existenz der Menschen in ihrer engeren Heimat erreichen können.

Allem ist voranzustellen, daß der Landesteil Schleswig als Nahtstelle zwischen den beiden großen Wirtschaftsblöcken mehr denn je sich gerade auf dem Gebiete der Wirtschaftsförderung einigen und abstimmen muß, um sich gemeinsam mit den großen Wirtschaftsgebieten im Süden und im Norden des Schleswiger Raumes auseinanderzusetzen.

*

So ergab sich im Zusammenhang mit den Überlegungen über die Abgrenzung regionaler Planungsräume, wie sie vom Landesplanungsamt des Landes Schleswig-Holstein vorgeschlagen wurden, daß nicht nur die schleswigsche Westküste im Raum Nordfriesland, sondern dieser mit dem Nachbarn an der Ostküste einschließlich der Stadt Flensburg das Gebiet sein müßte, welches mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft als Planungsraum bedacht werden müßte. In mehreren vorbereitenden Besprechungen, die diesen Gedanken verwirklichen sollen, haben die Landräte der Kreise Flensburg-Land, Husum, Schleswig, Südtondern, und teilweise als interessierte südliche Nachbarn die Landräte der Kreise Eiderstedt und Eckernförde bereits wegen dieser Zusammenarbeit Übereinstimmung erzielt. Dabei ist eine lineare Abgrenzung nach Süden bewußt vermieden, vielmehr ein Zusammenwirken mit den Nachbarräumen betont worden. Die Mitwirkung der Kreise Eckernförde und Eiderstedt soll die erforderliche Überbrückung sicherstellen. Sinn und Zweck des gemeinsamen Vorgehens, zu dem die Stadt Flensburg dringend gebeten wird, soll es sein, durch eine gemeinschaftliche Wirtschaftsförderungseinrichtung die bereits genannten Voraussetzungen zur Erschließung geeigneter Orte zu verwirklichen. Darüber hinaus gilt es, die Ansiedlung von Betrieben aufeinander abzustimmen und Konkurrenz zu vermeiden. Die Bemühungen müssen sowohl der Stärkung bestehender Betriebe als auch dem Gewinn neuer Betriebe gelten. Sie sollen nicht nur gewerblichen Betrieben, sondern auch sonstigen wirtschaftlichen Existenzen dienen, wie beispielsweise der Vermarktung und Veredelung der heimischen Produkte, soweit sie eines solchen Einflusses überhaupt zugänglich sind. Besonderes Gewicht bekommt das Projekt gegenüber anderen, bereits längere Zeit tätigen Wirtschaftsförderungseinrichtungen dadurch, daß gerade der Fremdenverkehr ebenfalls in die Förderungsmaßnahmen einbezogen wurde. Neben den klassischen Erholungsgebieten auf den nordfriesischen Inseln wachsen andersgeartete, neue Gebiete auf den Halligen und besonders an den Förden der Ostküste heran. Daneben widmet man neuerdings dem Projekt „Ferien auf dem Bauernhof“ viel Sorgfalt.

Unsere Ermittlungen über den Investitionsbedarf auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs vom Stande des Jahres 1965 zeigen folgenden Bedarf:

1. gemeindlicher Sektor (z. B. Straßenbau, Parkplätze, sanitäre Anlagen, Beleuchtung, Kinderspielplätze, Wohnungsbau, Hafenausbau usw.) rund 39 Millionen DM.
2. Kurverwaltungssektor (Kurahäuser, Kurmittelhäuser, Hallenschwimmbäder, Parkanlagen, Promenaden, Strandkorbbeschaffung, Zeltplätze,

Strandunterhaltung, Werbung usw.) rund 16 Millionen DM.

Bei allen Bemühungen zur wirtschaftlichen Förderung und zur Sicherung der Arbeitsplätze darf nicht vergessen werden, daß daneben die Erschließung des Raumes, wie sie im Programm Nord ihren Anfang genommen hat, weiterzuverfolgen ist. Hierzu gehört der Ausbau des Verkehrsstraßennetzes und der Bundesautobahn durch das Land, die Schaffung moderner Verkehrseinrichtungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Rationalisierung von Bundesbahnstrecken, durch Erschließung unserer dünnbesiedelten Gebiete mit Straßenverkehrseinrichtungen, welche im Verbund oder sogar durch eine Unternehmung den Verkehr aufeinander abstimmt, alle Gebiete erfaßt und Schülern, Arbeitskräften sowie Kunden und Reisenden öffentliche Verkehrsmittel anbietet.

Nur gemeinsam wird es gelingen, den Menschen in ihrer heimatlichen Landschaft zukünftig mehr als bisher auf Dauer eine gesicherte, ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Existenz und ein Dasein zu ermöglichen, daß die Anforderungen in einer modernen Gesellschaft erfüllt.

Aus dem Raumordnungsbericht der Landesregierung

Die Landesregierung wird durch die allmähliche Verwirklichung ihrer im Raumordnungsplan und im EWG-Anpassungsprogramm niedergelegten Vorstellungen dazu beitragen, daß für die gegenwärtigen und künftigen Bürger des Landes bestmögliche Lebensumstände begründet werden und daß Schleswig-Holstein zu einer wettbewerbsfähigen Region innerhalb eines freiheitlichen Europas entwickelt wird ...

Sie wird hierbei

sich bemühen, durch ihre Planungen und Infrastrukturmaßnahmen günstige Voraussetzungen für unternehmerische Initiativen im Rahmen einer freien Wirtschaftsordnung zu schaffen,

bei ihren Maßnahmen alle Landesteile unter Beachtung ihrer landsmannschaftlichen Besonderheiten und unter Mitarbeit der Selbstverwaltung berücksichtigen, um mit dem Ziel der Herbeiführung gleichwertiger Lebensverhältnisse das Zurückbleiben

einzelner zu verhindern,

darauf bedacht sein, daß die mittelständischen Existenzen die für Schleswig-Holstein typisch und für das soziale Klima in unserem Land von besonderer Bedeutung sind, gefördert und leistungsstark erhalten werden. Sie wird darüber hinaus anstreben, für alle Bürger die Voraussetzungen für Bildung und Eigentum zu schaffen. Sie sieht darin eine unerläßliche Grundlage für ein Leben in Freiheit,

dafür Sorge tragen, daß in allen Wirtschaftsgruppen diejenigen, die durch die fortschreitende europäische Integration aus Selbständigkeit in ein Arbeitsverhältnis überwechseln müssen, dabei nicht sozial absinken, ...

Aus dem Raumordnungsbericht der Landesregierung vom 25. Oktober 1965, S. 23

Die Mitgliederversammlung 1966 des Grenzfriedensbundes

fand am 16. April im Handwerkerhaus in Husum statt, in dem der Grenzfriedensbund schon mehrmals seine Mitgliederversammlung abgehalten hat. Der Erste Vorsitzende, Dr. H. P. Johannsen, konnte außer den in erfreulich großer Zahl erschienenen Mitgliedern zahlreiche Gäste aus dem öffentlichen Leben, die Repräsentanten der deutschen Grenzverbände und des Bundes der deutschen Nordschleswiger begrüßen. In seinen Bemerkungen zu dem schriftlich vorliegenden Jahresbericht betonte Dr. Johannsen besonders die Notwendigkeit einer verstärkten Mitgliederwerbung, im übrigen wies er auf die kontinuierliche Fortführung der sozialen wie der kulturellen Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr hin und die beabsichtigte Ausweitung der kulturellen Arbeit durch die Bildung des Flensburger Studienkreises, in dem vertreten sind der Grenzfriedensbund, der Deutsche Grenzverein und die Volkshochschule Flensburg. Den Bericht über den Stand der Kasse – von den Revisoren in bester Ordnung befunden – gab unser langjähriger Kassensführer Ernst Harms. Zwei Vorträge standen in diesem Jahr auf der Tagesordnung, von Axel Seeberg, dem Chefredakteur des Sonntagsblattes, und Dr. H. P. Johannsen (siehe dazu auch den Hauptteil dieses Heftes).

Axel Seeberg, der Chefredakteur des Sonntagsblattes, sprach über das Verhältnis der Bundesrepublik zu den skandinavischen Ländern. Er ging davon aus, daß es aus historisch-politischer, speziell geopolitischer Sicht sowohl positive als auch negative Voraussetzungen für das deutsch-skandinavische Verhältnis gegeben habe und heute noch gibt. Als für die Gegenwart gemeinsame Interessen wurden genannt die Erhaltung des Friedens und die Abwehr des sowjetischen Kommunismus und Imperialismus.

Dem gemeinsamen Interesse an der Erhaltung des Friedens stehe – scheinbar – entgegen, daß Deutschland um der Wiederherstellung seiner nationalen Einheit willen gezwungen sei, eine dynamische Politik zu treiben, die bei unseren skandinavischen Nachbarn die – zum Teil unterschwellige – Befürchtung aufkommen ließe, daß sich hier eine Gefahr für den Frieden ergeben könnte.

Als weiteren Divergenzpunkt sah Axel Seeberg das deutsche Streben nach supranationaler Integration der europäischen Staaten an, wofür er den Ausspruch eines holländischen Staatsmannes anführte: „Er wolle wohl in das europäische Paradies kommen, aber müsse es denn unbedingt schon morgen sein?“ An Stelle etwas nebulöser deutscher Europavorstellungen kommt es nach Meinung Seebergs darauf an, klare Vorstellungen über die künftige nationale Rolle Deutschlands zu entwickeln. Für unser Verhältnis zum Norden sei es wichtig,

gegenseitige negative Vorstellungen ab- und positive aufzubauen, die gemeinsamen Interessen zu koordinieren und Rücksicht aufeinander zu nehmen. Es gelte für uns Deutsche, sich bewußt zu werden, daß wir nur als Teil der europäischen Völkergemeinschaft leben können und unsere Nachbarn einsehen müßten, daß Deutschlands nationale Einheit nicht um seiner selbst willen, sondern um des von allen gewollten Friedens willen notwendig sei. Deutschland sei heute im weltpolitischen Maßstab zwar noch eine Großmacht, aber keine Weltmacht mehr und könne darum keine isolierte Politik ohne Rücksicht auf seine Nachbarn – auch die nordischen – mehr führen.

*

Dr. Johannsens „Gedanken zur Situation an der Grenze“ waren nach seinen Worten als „lokale“ Ergänzungen zu den Gedanken Axel Seebergs gedacht. Sie verlegten für unser Grenzgebiet aber das Schwergewicht von der historisch-politischen Sicht auf die geistig-kulturelle Seite, wenn er feststellte: Seit Generationen war Schleswig-Holstein für viele ein vornehmlich historisch-politischer Wertkomplex. Es mehren sich die Zeichen dafür, daß es heute ein mehr intellektuell-ästhetischer Wertkomplex wird, was man etwa auch so ausdrücken könnte: Weniger Uwe Jens Lornsen, mehr Matthias Claudius.

Für das künftige Leben zu beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze werde es entscheidend sein, welches Denken das heimatische Leben in Zukunft prägen wird, nämlich das historisch-politische, von der Vergangenheit her bestimmte, oder das Denken, das seine Leitbilder aus dem durch deutsche Geistesgeschichte und deutsch-dänische kulturelle Wechselwirkung seit Jahrhunderten geprägten Bild der Landschaft bezieht.

Von hier aus kam Dr. Johannsen zu einer Reihe von Forderungen für die künftige Arbeit der Minderheiten diesseits und jenseits der Grenze und zu der Schlußfolgerung, daß die Minderheiten eventuell auch ohne politische Repräsentanz lebensfähig seien, wenn sie vom rechten Geist getragen würden.

*

Ein begrenzter Arbeitskreis hatte sich am Abend vorher Gedanken darüber gemacht, wie man die Arbeit vertiefen und wie man die jungen Menschen interessieren könnte. An diesem Gespräch nahm nach langer Abwesenheit aus Schleswig-Holstein der altbekannte Dr. Richard Schenck teil. – Es freute alle, als ein Telegramm des Ehrevorsitzenden folgenden Inhalts verlesen wurde: „Der Mitgliederversammlung wünsche ich erfolgreichen Verlauf. Haltet fest am bewährten Kurs. Nydahl.“

Aus der sozialen Betreuungsarbeit des Grenzfriedensbundes

Die soziale Betreuungsarbeit stand auch im Jahre 1965 im Vordergrund. Es wurden 485 Anträge gestellt. Insgesamt wurde dafür die Summe von 100 151,95

DM aufgewendet, das sind etwa 72,4 % der Gesamtausgaben.
Aus den Schwerpunkten der Betreuung geben wir folgende Übersicht:

Für Konfirmationsbeihilfen und Beihilfen anlässlich der Schulentlassung
wurde der Betrag von 20 725 DM verausgabt, der verteilt wurde über 28 Verbände der Arbeiterwohlfahrt an 419 Familien mit 18 780 DM, 10 Schulen an 37 Familien mit 1585 DM, eine Gruppe des Grenzfriedensbundes an 9 Familien mit 360 DM.

Bei Schulfahrten und Schullandheimaufenthalten
konnten wir 1677 minderbemittelte Eltern mit 37 499 DM unterstützen und zwar: 1003 bei 4803 teilnehmenden Kindern für Fahrten mit 23 872 DM, 674 bei 2975 teilnehmenden Kindern für Heimaufenthalte mit 13 627 DM. Für andere Zwecke erhielten die Schulen 2922 DM.

Die Jugendorganisationen und die Turn- und Sportverbände
erhielten zur Entlastung von minderbemittelten Vereinsangehörigen bei der Teilnahme an Fahrten und Lagern Beihilfen in Höhe von 5005 DM. Weiter konnten wir zu Weihnachten zur Beschaffung von Turn- und Sportkleidung für Minderbemittelte die Summe von 4450 DM zur Verfügung stellen. Es wurden aus 75 Vereinen 280 Jugendliche bedacht.

Für Weihnachtsbeihilfen
wurden weitere 24 675 DM hergegeben, die verteilt wurden durch 37 Verbände der Arbeiterwohlfahrt mit 22 525 DM, 6 Schulen mit 1540 DM, 2 Gruppen des Grenzfriedensbundes mit 610 DM. Bedacht werden konnten insgesamt 761 Familien.

Die Arbeiterwohlfahrt gab für Weihnachts- und Konfirmationsbeihilfen aus eigenen Mitteln nicht unbeträchtliche Summen her und hat einen Teil unserer Beihilfe für Weihnachtsfeiern für Alte und Gebrechliche verwendet. Diese Feiern fanden bei den Teilnehmern einen sehr guten Anklang.

*

Allen Stellen, die uns bei der Durchführung unserer Arbeit kräftig unterstützt haben, sei an dieser Stelle unser herzlicher Dank ausgesprochen. Wir hoffen, daß wir weiterhin auf ihre Mitarbeit rechnen können.

Aus dem schriftlichen Jahresbericht für 1965